Volksstimme

EU-TROIKA
Ziel verfehlt

TÜRKEI
Vor Sonnenuntergang

GRÜNE
Die junge ÖVP

LOIBL-TUNNEL
Ein KZ als Baustelle

FILM
Meine keine Familie

SCHWERPUNKT GRIECHENLAND

Widerstand liegt in der Luft

POLITIK UND KULTUR : ZWISCHENRUFE LINKS **Juni–Juli 2013** **5 Euro**

WIDERSTAND LIEGT IN DER LUFT

Wettervorschau aus Griechenland –
Schöne Aussicht vom Glockenturm der Stadt Trikala.

FOTO: KALLIARAS THANASIS

SIE SIND nicht zimperlich. Sie sind drauf und dran, ein Land zu zerstören und auszuplündern – meint die SYRIZA-Abgeordnete Iro Dioti im Interview, das wir im Schwerpunktteil dieser Nummer bringen. Und tatsächlich: Vier Jahre Austeritätspolitik haben große Teile der griechischen Bevölkerung in Armut gestürzt; Löhne und Pensionen wurden gekürzt, die Kaufkraft der unteren Einkommensstufen ist auf das Niveau der siebziger Jahre zurückgeworfen worden, Arbeitsplätze wurden massenhaft vernichtet, dem Großteil der Jugendlichen, im Grunde der griechischen Gesellschaft wurde die Lebensperspektive geraubt. Und das soziale Desaster hat ein anderes zur Voraussetzung, zur Folge: das Desaster der Demokratie, die Tendenz zum autoritären Regieren. Troika, Regierung und Konzerne schaffen an, die faschistische Partei wittert Morgenluft.

Doch es gibt auch ein anderes Griechenland, unübersehbar, ein lautes und kräftiges: das des sozialen, demokratischen, feministischen und antirassistischen Widerstands.

Sollte der rechte Noch-Premier Samaras, der glaubt, er könne das staatliche Fernsehen einfach ausknipsen und den Medien der Konzerne freie Bahn verschaffen, über seine eigenen Beine stolpern, wird das die Chance auf Neuwahlen erhöhen – und der griechischen Linken eine historische Möglichkeit eröffnen, die Regierungsmacht zu übernehmen. Das wäre dann allerdings eine neue Situation nicht nur für dieses Land, sondern für ganz EUropa, eine Kampfansage an die neoliberale, für immer mehr Menschen unerträgliche Hegemonie in diesem Teil der Welt. – Eine anregende Lektüre wünscht

DIE REDAKTION

SCHWERPUNKT
GRIECHENLAND
SEITE 19 BIS 37

Fotos von
MATHIOUDAKIS
VASSILEIOS
»Athen im Widerstand«

FOTO © HUNNNTERR

MATHIOUDAKIS
VASSILEIOS
Geboren 1972 auf Kreta, Heraklion, hat Philosophie und Archäologie studiert. Bechäftigt sich seit seinem Studium mit der Fotografie. Seine Vorliebe ist die politische und soziale Reportage. Im Moment arbeitet er für die selbstverwaltete »Zeitung der Redakteure«.

INHALT

JORDANA KALESCH
Give Me 5 6
DIDI ZACH
Partei der leistbaren Arbeit 7
LUTZ HOLZINGER
Die junge ÖVP 8
BÄRBEL DANNEBERG
Krise der Männlichkeit 9
WALTRAUD FRITZ-KLACKL
Vor Sonnenuntergang 10
WALTER BAIER
EUropa zwischen Auflösung und Empörung 13
ELISA STEIN
Salud! 18

CLAUDIA KRIEGLSTEINER
Heiße Tage in Athen 21
ALEXANDRA STRICKNER
Interview: Troika für alle? 22
WALTER BAIER
Interview: Nachbetrachtung zum Alter Summit 25
ALEXIS TSIPRAS
Widerstand liegt in der Luft 28
IRO DIOTI
Interview: Geschäftsmodell Krise 31
GIORGOS CHONDROS
Programm für zehn Tage, Monate, Jahre 35

MICHAEL SCHARANG
Die Arbeitslosigkeit steigt 38
DANNEBERG, HOLZINGER, PELZER
Besprechungen 39/41/45
SISSI RAUSCH
Loibltunnel: Eine Baustelle als KZ 42
PETER FLEISSNERS ABECEDARIUM
Mexico en directo 46
MICHAEL STOCKER
Tatort Georgien 38
JELINEK, SCHARANG, TURRINI
Der rote September 2013 55

Volksstimme
Politik und Kultur : Zwischenrufe links

Postadresse: Volksstimme, Drechslergasse 42, 1140 Wien
Telefon +43 1 5036580. E-Mail: redaktion@volksstimme.at

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein für Gesellschaftskritik

Redaktion: Bärbel Danneberg, Franz Fend,
Peter Fleissner, Lutz Holzinger, Günther Hopfgartner,
Wolf Jurjans, Christoph Kepplinger, Christiane Maringer,
Mirko Messner, Gerald Murer, Martin Wachter

Koordination: Günther Hopfgartner, Mirko Messner
Grafik: Walter Oberhauser
Coverfoto: Mathioudakis Vassileios

DIE TEXTE in dieser Nummer stammen von:
Heidi Ambrosch, Maja Breznik, Giorgos Chondros,
Bärbel Danneberg, Peter Fleissner, Michael Graber,
Hans Hautmann, Lutz Holzinger, Günther Hopfgartner,
Wolf Jurjans, Jordana Kalesch, Aly Machalicky, Karl Marx,
Mirko Messner, Gabriele Michalitsch, Michael Scharang,
Elisa Stein, Asbjørn Wahl, Didi Zach

Druck: Drava, Klagenfurt/Celovec

Volksstimme Abo-Preis:
50 € / ermäßigt 25 € (für 10 Ausgaben)

Volksstimme Abo-Konto:
BAWAG, BLZ 14000, Kto-Nr. 01810665374
lautend auf »Verein für Gesellschaftskritik«
IBAN: AT451400001810665374 / BIC: BAWAATWW

Abo-Verwaltung:
Astrid Jurjans (0676 6969009)
E-Mail: abo@volksstimme.at

LIEBE ABONNENTINNEN, liebe Leserinnen und Leser, Sie halten die sommerliche Doppelnummer (Juni–Juli) in der Hand. Wir waren so frei und haben umgestellt: die nächste Nummer erscheint im August, als reguläre Einzelnummer, und dann geht's monatlich wie gewohnt weiter bis Jahresende. Der Grund für diese Umstellung ist die Nationalratswahl, die am 29. September stattfinden wird; wir wollen auf diese Weise auch als Monatsjournal etwas näher heran an das Wahlgeschehen.

Und wenn Sie die Seite 54 aufschlagen, dann sind Sie auch schon mittendrin: Sie finden dort ein Formular, mit dem Sie eine Unterstützungserklärung für die Kandidatur der KPÖ unterschreiben können. Wie gesagt: es geht um die Erklärung, dass Sie die Kandidatur der KPÖ unterstützen, und nicht darum zu erklären, dass Sie die KPÖ wählen wollen bzw. werden (das können Sie dann am 29. September tun, hoffen wir zumindest).

Falls Sie noch nie mit einer Unterstützungserklärung zu tun hatten, hier einige wichtige Hinweise: es reicht nicht, sie einfach zu unterschreiben und an uns zu schicken. Sie müssen persönlich (ab 9. Juli) mit einem Ausweis und dem Formular auf das zuständige Gemeindeamt, dort vor der beamteten Person unterschreiben, von dieser die unterschriebene Erklärung abstempeln lassen, dann den auf diese Weise geadelten Schrieb zu sich nehmen und umgehend in ein Kuvert stecken sowie an unsere Adresse schicken.

Damit tragen Sie bei, dass die KPÖ bundesweit als linke Alternative auf dem Wahlzettel zu finden sein wird. Und das ist den Aufwand wert, meinen wir – und hoffentlich auch Sie.

DIE REDAKTION

Give Me 5

JORDANA KALESCH

1 ICH STEH' auf Sportkommentare, vor allem die anspruchsvollen, auf jene, die den banalen Kampf des Lebens transzendieren in den ästhetisch interessanteren Kampf der sportlichen Kontrahenten, so wie das in der KLEINEN ZEITUNG nach dem Sieg der einen deutschen Mannschaft (Bayern) über die andere (Dortmund) in England geschehen ist: *Der Druck, unter dem der deutsche Rekordmeister stand, war spürbar … Für die Bayern ging es um nichts weniger als ihr Selbstverständnis und ihr Selbstvertrauen. Es ging um das Fundament, auf dem die Philosophie des Vereins errichtet ist. Und das alles wackelte*. Das Selbstverständnis wackelte ebenso wie das Fundament, das Selbstvertrauen, die Philosophie. *Erst recht nach dem Ausgleich der Dortmunder.* Aber: *… die Bayern haben bewiesen, was zu beweisen war: ›Mia san mia‹*. Das philosophische Fundament, es hat aufgehört zu wackeln.

2 *ALLEIN DEN EU-Staaten entgehen durch legale und kriminelle Steuervermeidung jährlich 1000 Milliarden Euro. Gleichzeitig wollen die EU-Staaten jetzt 6 Milliarden für die Bekämpfung der seuchenartigen Jugendarbeitslosigkeit freimachen. Also gerade so viel, wie sie derzeit in 2 Tagen an Steuerverlusten verzeichnen* (Peter Rabl im KURIER, 26. Mai 2013, S. 2). Das, finde ich, ist gut nachgerechnet und den Platz für ein unkommmentiertes Zitat wert.

3 ENDE MAI hat sich die EU Waffenlieferungen an die Aufständischen in Syrien »unter bestimmten Bedingungen« erlaubt. Um die vielerorts diesbezüglich herrschenden Bedenken abzuschwächen, die Waffen könnten Gotteskriegern in die Hände geraten, haben die Briten – sie möchten neben Frankreich unbedingt aktive Kriegspartei sein – einen visionären Vorschlag präsentiert: Sie haben *Endverbraucherzertifikate für die Waffen voreschlagen* (DIE PRESSE, 24. Mai 2013). Genial. Bei jedem Toten wird ein Zertifikatsabschnitt hinterlegt (so wie der Parkschein-Abschnitt hinter der Windschutzscheibe); Leichen ohne Zertifikatsabschnitt werden nicht als solche anerkannt und ziehen ein Strafmandat nach sich – außer, es kann glaubhaft nachgewiesen werden, dass von den Getöteten nichts übriggeblieben ist. Die Kriegspartei mit den meisten Strafmandaten verliert.

4 *VON EINER Alpine-Baustelle in Pörtschach in Kärnten sind in der Nacht auf Dienstag ein Takeuchi-Minibagger und vier Baggerlöffel im Wert von 40.000 Euro gestohlen worden. Bereits vergangene Woche war von einer Alpine-Baustelle in Arnoldstein (Bezirk Villach-Land) ein 60.000 Euro teurer Radbagger entwendet worden,* berichtet der KURIER am 26. Juni. An die TäterInnen: Diese Art der Privatisierung erfreut sich weder eines gesellschaftlichen Konsenses noch einer rechtskonformen Grundlage. Versuchen Sie es lieber mit präventiver Privatisierung, Steuervermeidung oder steuerschonendem Verhalten oder wie das sonst heißt, wenn man Gelder, die der Öffentlichkeit abzuliefern wären, derselben vorenthält. Da sind Sie auf der sicheren Seite, vorausgesetzt, Sie haben was zu versteuern. Und Sie haben zwar die Bagger, aber nichts zu versteuern. Oder war das gar nicht Ihre Absicht?

5 FINDLING AUS den Tiefen des Netzes: Gut retuschiert.

KOMMENTAR

Partei der leistbaren Arbeit

Die Nationalratswahl naht. In Tageszeitungen, im Privat-TV, im Radio und mittels Plakaten positioniert sich die Regierungspartei SPÖ als Interessensvertreterin von Arbeitenden und all jener, die nicht durch Erbschaft reich wurden. DIDI ZACH **konfrontiert die schönen Botschaften mit der Realität.**

DIE SPÖ – so die Werbebotschaft – stehe für »Arbeit, von der man leben kann« und für »Mieten, die man sich leisten kann«. Und natürlich trete die SPÖ gegen die Herrschaft der Milliardäre auf. Solch Forderungen sind höchst angebracht. Denn erst kürzlich stellte, bezugnehmend auf eine Studie der Europäischen Zentralbank über die Vermögensverteilung im Euroraum, ein Kritiker des Status Quo fest: »Nach Deutschland ist Österreich das Land mit der größten Ungleichverteilung von Vermögen. (Zehn Prozent der Haushalte verfügen über sechzig Prozent des gesamten Vermögens, fünfzig Prozent der Haushalte verfügen nicht einmal über minimale Ersparnisse.) Dass diese hoch konzentrierten Vermögen praktisch nicht besteuert werden, ist ein untragbarer Zustand, der dringend korrigiert werden muss«. Beim Kritiker handelte es sich übrigens nicht um den Bundessprecher der KPÖ, sondern um den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Privatangestellten Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), Wolfgang Katzian. Wobei Katzian, Foglar und all die anderen sozialdemokratischen SpitzengewerkschafterInnen, die auch im Parlament über Sitz und Stimme verfügen, die Frage beantworten müssten, warum sie 2012 einem Spar- und Belastungspaket zugestimmt haben, welches an dieser Vermögenskonzentration nichts änderte. Und Katzian, Foglar, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Darabos und Bundeskanzler Faymann müssen sich fragen lassen, wie all dies passieren konnte, wo doch seit 1945 – abgesehen von zwei kurzen Unterbrechungen – die SPÖ immer Regierungspartei war.

SPÖ: Partei der Arbeit?

Österreich steht, was die Arbeitslosigkeit betrifft, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ gut da. Aber all dies ist zugleich nur die halbe Wahrheit. Denn Tatsache ist auch, dass in Österreich die Arbeitslosigkeit fast jeden Monat neue Spitzenwerte erreicht. Über 400.000 Menschen waren z. B. im Februar dieses Jahres arbeitslos. Traurige Tatsache ist zugleich, dass hunderttausende Menschen trotz Vollerwerbstätigkeit kaum über die Runden kommen. Rund 1,4 Millionen Menschen waren daher 2011 – nach offiziellen Zahlen – »armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdet«. Und auch im angeblich »Roten Wien« steigt die Zahl der Prekarisierten ständig – weil das Wohnen immer teurer wird und weil Strom, Gas und sonstige kommunale Gebühren in Permanenz ansteigen.

SPÖ: Partei der leistbaren Mieten?

Rund 7.000 neue Wohnungen werden derzeit pro Jahr in Wien gebaut – um den Status Quo aufrechterhalten zu können, würden aber wesentlich mehr geförderte Wohnungen pro Jahr benötigt. Die Folge: die Mietpreise sind in den letzten Jahren explodiert. 12, 13 Euro und mehr pro Quadratmeter Wohnfläche (inkl. Betriebskosten), auch in Bezirken außerhalb der Innenstadt, sind keine Seltenheit mehr. Trotzdem wird von der Wiener SPÖ die Wiederaufnahme des Baus von Gemeindewohnungen (die letzte Gemeindewohnung wurde 2004 errichtet) nicht einmal in Erwägung gezogen. Und auch gegen die Mietzinssteigerungen im Bereich der Gemeindewohnungen unternimmt die SPÖ nichts. Im Gegenteil: bei allen neu vermieteten Gemeindewohnungen kommt das Richtwertmietzins-System zur Anwendung. Und von einer Entkoppelung der Mietpreise von der Inflationsrate wollen auch Häupl und Genossen nichts wissen. ◊

FOTO © SPÖ PRESSE UND KOMMUNIKATION

GRÜNE ALS MEHRHEITSBESCHAFFER

Die junge ÖVP

Das Drängen der Grünen in diverse Landesregierungen zeigt die Partei in einer neuen Rolle. Mitverwalten und Mitregieren, egal um welchen Preis, lautet jetzt die Devise.

LUTZ HOLZINGER

IM RAHMEN der herrschenden Gesellschaft gibt es einige Reformnotwendigkeiten, über die in bestimmenden Gruppen wie Industriellenvereinigung oder ÖGB-Spitze Übereinstimmung besteht. Wegen gegenläufiger Justament-Standpunkte der Regierungsparteien wird ihre Realisierung jedoch auf die lange Bank geschoben. Im Wesentlichen handelt es sich um folgende mehr oder weniger systemkonforme Punkte: Ökologisierung der Wirtschaft, Verbreiterung der Bildungschancen, berufliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern sowie Steigerung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Offenkundig bringen die Sozial- und Christdemokraten selbst jene Reformen nicht mehr weiter, über die gesellschaftlicher Konsens besteht. Beispielsweise geht in der Modernisierung des Schulwesens nichts mehr. Seit mehr als vierzig Jahren ist klar, dass nur die Kombination von Gesamt- und Ganztagsschule aus der Bildungssackgasse führt. Die Verwirklichung dieses anderswo selbstverständlichen Modells scheint hierzulande weiter entfernt als je vorher. Daher sind neue Kräfte für die politischen Entscheidungsgremien des Landes gefragt.

In dieser verfahrenen Situation, die zusammen mit der weit verbreiteten Korruption den etablierten Parteien Stimmen und Wahlbeteiligung kostet, befinden sich die Grünen plötzlich in der neuen Rolle der Mehrheitsbeschaffer. Ihre Orientierung auf Regierungsbeteiligungen in Bund und Ländern trifft sich mit dem Bedarf der ehemaligen Großparteien an einem politischen Steigbügelhalter. In dieser Hinsicht kommen die beiden Regierungsparteien an den Grünen derzeit kaum vorbei. Von Wien, Oberösterreich und Kärnten abgesehen, wo Grün mit Rot bzw. Schwarz sowie Rot-Schwarz kann, trifft das nun auch auf Tirol und Salzburg zu. In den jüngsten Fällen von Regierungsvereinbarungen unter Einschluss von ÖVP und Grünen zeigt sich, dass die SPÖ ausgebremst wurde und aus den Landesregierungen draußen bleiben muss. In Salzburg wurde dafür sogar das Risiko eingegangen, die Stronach-Partei salonfähig zu machen.

Stilles Nachdenken über verlorene Unschuld – Froschfigur aus Stein im Hinterhof.

FOTO CC JACK W. PEARSON

Der ÖVP ist es zweimal hintereinander gelungen, mit Hilfe der Grünen die SPÖ aus Landesregierungen zu werfen. Mehrheiten ohne Sozialdemokratie scheinen damit auch auf Bundesebene möglich, seit diese bei Landtagswahlen in den westlichen Bundesländern die Zwanzig- Prozent-Marke immer deutlicher unterbietet. – Warum sollte nicht auch auf Bundesebene passieren, was auf Landesebene Schule macht? Die Grünen haben glaubhaft demonstriert, dass sie für ihren Eintritt in Regierungen nicht den Bruch mit der neoliberalen Politikkonzeption von Rot-Schwarz verlangen, sondern dass ihnen das Abhaken einiger Punkte aus ihrem Parteiprogramm genügt.

Lange Zeit verkörperten die Grünen eine Partei der »Unschuld«. Hervorgegangen aus zwei an sich unvereinbaren Strömungen (linksradikalen Basisdemokraten einerseits und konservativen Heimatschützern andererseits), wurde ihre grundsätzlich systemkonforme

Ausrichtung mit dem Engagement gegen Zwentendorf und Hainburg überdeckt. Mit der Zeit wird deutlich, dass führende FunktionärInnen der Partei vorwiegend bürgerliche Positionen vertreten und keineswegs die Welt aus den Angeln heben wollen, wie ihnen das ab und zu in grauer Vorzeit unterstellt wurde. Die Grünen verkörpern mittlerweile den Typus einer jungen, ökologischen und modernen Partei konservativen Charakters, die in erster Linie auf allen Ebenen nach Regierungsbeteiligungen strebt.

Die Mitwirkung in Regierungen auf Stadt-, Landes und Bundesebene bringt zwar den FunktionärInnen der grünen Partei Posten und Möglichkeiten; ob das jedoch ihren AnhängerInnen und der Allgemeinheit nützt, ist eine offene Frage. Zieht man die Bekämpfung des Kernübels in der aktuellen Krisenlage als Kriterium heran, versagen die Grünen auf der ganzen Linie. Da die Krise in erster Linie auf die herrschende Verteilungspolitik und die krasse Anhäufung von Kapital ohne reale Anlagemöglichkeit zurückzuführen ist, erscheint ein radikaler Kurswechsel in der Verteilungsfrage (auf der primären wie sekundären Ebene) geboten. Bisher war nicht zu hören, dass die Grünen dies zu einer Grundbedingung von Regierungsverhandlungen gemacht hätten. ◊

Krise der Männlichkeit

SCHON ALLEIN die süffisanten Postings zeugen von männlich großer Verunsicherung, wenn Frauen eine Veranstaltung unter dem Titel »Maskulinismus.Anti.Feminismus« ankündigen.

Die unter diesem Titel veranstaltete Enquete am 7. Juni, organisiert vom Frauenministerium gemeinsam mit der Plattform 20000frauen, provozierte Männerwelten. Da wurden alle Geschütze nicht nur verbaler Gestalt ausgefahren und wurde Feministinnen alles Mögliche nachgesagt, nur eben nicht, dass sie denkende, handelnde, selbstbestimmte Menschen sind.

Das aber ist es wohl, was eine bestimmte Sorte Mann so sehr in Rage bringt. Diese Mannsbilder sind gehäuft dort anzutreffen, wo reaktionäre Rollenbilder hochgehalten werden. Was landläufig als rechts, gesellschaftspolitisch als konservativ und soziologisch als bildungsfern bezeichnet wird, versammelt unter dem hehren Ziel, die Männlichkeit zu retten, ideologisches Treibgut. Alte Ordnungsrufe sind da gefragt (und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt) ... So etwa ist in dem FPÖ-Blatt »Zur Zeit« zu lesen: »Droht nunmehr das fragile Gleichgewicht zu kippen, stehen wir gar vor der Unterordnung Adams, vor einer Zeit, in der eine besser ausgebildete Eva alle Macht an sich reißt?« Sollte das wirklich so sein, dann muss Mann was unternehmen, denn »heute hat der Mann nichts mehr zum Lachen, (...) Mutterschaft steht für viele Damen irgendwo hinten auf der Wunschliste«.

Ich hatte einmal das zweifelhafte Vergnügen, mir mit Andreas Unterberger, ehemals Chefredakteur von »Presse« und »Wiener Zeitung«, eine Wortschlacht via Mail zu liefern. Ich hatte auf seinen Kommentar in den »Salzburger Nachrichten« reagiert, in welchem er behauptet, Frauen seien wegen ihres früheren Pensionsantritts »zu drei Viertel für die wachsende Lücke in den Kassen der Pensionsversicherung verantwortlich«. Herrn Unterberger wird medial sehr oft Gelegenheit für derart abstruse Behauptungen gegeben. Zum diesjährigen Internationalen Frauentag prangerte er »die alte Lüge vom ungleichen Lohn für gleiche Arbeit« an und mokierte sich über das »menschenverachtende Verhalten der Feministinnen« – Frauen hatten sich auf einer Veranstaltung der »Väter ohne Rechte« gegen diffamierende Anschuldigungen zu Wort gemeldet.

Die Krise der Männlichkeit korrespondiert mit der Krise der Arbeitsgesellschaft. Die alten Krisenrezepte »Frauen zurück an den Herd« funktionieren aber nicht mehr in einer globalen Welt, deren Wirtschaftskarren von marktliberalen Polit- und Wirtschafts-Maskulinisten gerade an die Wand gefahren wird.

BÄRBEL DANNEBERG

TÜRKEI

Vor Sonnenuntergang

WALTRAUD KLACKL **war vor Ort am Taksim-Platz und Gezi-Park in Istanbul. Hier ihre Eindrücke.**

GEKOMMEN SIND sie, als die Sonne gerade aufgegangen war, die Hundertschaften der Polizei, die gepanzerten Fahrzeuge, die Wasserwerfer und die Tränengasgeschosse. Geschickt von Erdogan und seiner Partei AKP. Gekommen, um nicht einen, sondern viele Träume zu zerstören ...

Und das war davor:

Es ist das Volksstimmefest. Mit bester Stimmung, nur viel größer, bei besserem Wetter und mit mehr fröhlichen Leuten, einfach mehr von allem, so wie eben Istanbul mehr von Allem ist: Europas größte Stadt mit mehr als einem Dutzend Millionen Einwohnern – die genaue Zahl kann und will wohl niemand kennen.

Schon am frühen Nachmittag sind der Taksim-Platz und der daran anschließende Gezi-Park, in dem eigentlich alles mit dem Fällen von Bäumen begonnen hat, sehr belebt. Junge und alte Menschen flanieren, gehen »Aufstand schauen«. Finden die Teenie-Girls alles einfach urcool.

Es ist Montag, ein ganz normaler Arbeitstag in einem Land ohne Wirtschaftskrise. Gerade erst gestern, am Sonntag, hat wieder eine Großdemo mit zehntausenden TeilnehmerInnen stattgefunden, aber das tut dem Zulauf keinen Abbruch. Die Mehrheit der »PlatzbewohnerInnen« – ja, viele Frauen sind darunter – sind ohnehin ganz »normale« BürgerInnen, bisher zumindest, denen die Politik nicht wirklich ein Anliegen war. Aber die ständigen Angriffe auf ihre persönlichen Freiheiten, die Islamisierung, die Einschränkung der Privatsphäre, das alles hat zu diesem kollektiven Aufbruch (Aufstand wäre wohl zu viel gesagt) geführt.

Am Rand des Platzes verkaufen Straßenhändler Wassermelonen. Kirschen und andere verlockende Früchte. Sie leuchten in allen Farben, machen einem den Mund wässrig auf das, was hier geboten wird, nicht nur auf die Früchte der Felder. Und dann gehst du hinein in den Platz: zu den Ständen, viele von ihnen von linken politischen Organisationen und Parteien. Je nachdem sitzen und stehen dort lauter Männer, oft sitzen sie sogar auf Teppichen, als hätten sie ihre Wohnungen ausgeräumt, oder es ist mehrheitlich ein »Frauenstand«, wie der der sozialistischen Özgürlük ve Dayanışma Partisi (»Partei der Freiheit und Solidarität«, ÖDP), wo frau auch gleich mit Sonnencreme und Wasser versorgt wird.

Später sehen wir auch, wo die ÖDP-Männer sind. Sie sind tasächlich auf den Barrikaden. An die sechzig sind errichtet, manche von ihnen

FOTO (2) © RAZIM77/FLICKR, 9. JUNI 2013

bestehen aus nicht mehr als was nach einer gründlichen Wohnungsentrümpelung entsorgt wird. Manche sind beeindruckend und diese werden durchgehend bewacht. Die einzelnen Organisationen haben sie sich untereinander aufgeteilt.

Die kurdische BDP hat ihren Stand an prominenter Stelle. Die Genossen erzählen uns von den vielen positiven Diskussionen mit TürkInnen. Von deren plötzlichem Interesse an den kurdischen Anliegen, und wie es vielen Menschen auf einmal klar wird, dass sie auch in der Frage der Kurden von der türkischen Regierung hinters Licht geführt worden sind.

Mehrere von ganz oben verordnete brutale Polizeiübergriffe haben manchen Erkenntnissen wohl schneller zum Durchbruch verholfen als es den Verantwortlichen lieb ist.

Das meiste an Infrastruktur und Programm und Sicherung übernehmen die Parteien, die vor Ort sind. Und was die Menschen auf den Barrikaden angeht, beklagen die GenossInnen der ÖDP, dass sich eigentlich von den vielen BesetzerInnen des Platzes niemand darum schert, ob »die da draußen« verhungern bzw. noch vorher verdursten oder auch sonst nur irgend was von den Geschehnissen am Platz selbst mitkriegen.

Auch andere Einrichtungen sind beeindruckend: ein medizinisches Zentrum besetzt mit ÄrztInnen und MedizinstudentInnen, die Erstversorgung nach gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei ebenso anbieten als auch Hilfe bei Sonnenstich und was sonst noch so während vieler Tage und Nächte im Zelt oder im Freien auftauchen mag. Die Schlange vor ihrem Gelände ist jedenfalls lang.

In einem anderen Bereich befindet sich eine Art Volkshochschule mit Bibliothek, wo alle möglichen Themen diskutiert werden, und auch Nachhilfe angeboten wird. Die »Volksküche« ist unschwer am Geruch und der enorm langen Schlange zu identifizieren. Die Leute schleppen große Mengen Nahrungsmittel an, die andere wiederum zu Essen für die jetzt hier Wohnenden verarbeiten.

Die Radiostation des Platzes macht ein Interview mit uns, auf der Zentralbühne wird es erst am Abend ein gemischtes Programm geben. An anderer Stelle werden Filme und Videos gezeigt.

Fröhlich, friedlich, freundlich, vielfältig und – ich kann es mir nicht verkneifen, ja, ich darf es sagen – sauber ist das Ganze. Meist gehen übrigens Männer mit den großen Mistschaufeln herum. ⇆

Ein anderer Teil des Platzes voll mit Zelten – man muss sich kleine Iglus vorstellen, die Organisationen sind unter großen Sonnensegeln, jedenfalls ist dieser Teil voll mit Kemalisten und ihren Devotionalien. Türkische Fahnen, Bildern des Staatsgründers etc.

Wieder woanders das Lager der drei größten Istanbuler Fußballclubs – nicht gemischt, aber in friedlicher Koexistenz, und jetzt, da die Meisterschaft entschieden ist – Galatasaray hat's wieder einmal geschafft – haben die Fans auch Zeit für anderes und so sind sie eben auch am Platz, für ihre Form von Freiheit.

Die Lesben- und Schwulenbewegung war von Anfang an dabei. Denn der Gezi-Park war und ist ein Treffpunkt für sie in einer noch immer extrem homophoben Umgebung.

Die GenossInnen der ÖDP haben einen klaren Blick dafür, dass es jederzeit aus sein kann. Als dann die Nachrichten am Abend des 10. Juni melden, dass Erdogan Gespräche mit den Besetzern des Platzes anbietet, ist uns schon mulmig geworden. Wir kennen diese Taktik: Gefahr im Verzug!

Kaum sitzen wir am nächsten Morgen im Taxi vom Taksim-Platz zum Flughafen, kommen sie uns entgegengefahren: Zuerst ein weißer Kleintransporter und hinter ihm die lange Reihe der gepanzerten Fahrzeuge. Unser Fahrer versucht das Taxi neben dem weißen vorbei zu quetschen, da brüllt uns schon eine Stimme aus dem Megaphon an. Der Fahrer wendet und behindert dadurch die Kolonne. Mehr Gebrüll aus dem Megaphon. Dann sind wir weg, nicht zurück auf den Platz, sondern in die nächste Seitenstraße. Unser Fahrer spricht rasch aus dem geöffneten Fenster mit den dort herum stehenden Taxlern, sagt an uns gewendet in schlechtem Englisch: »Total chaos, police enter taxim square.«

Und während die Bilder der Menschenjagd und der Zerstörung weltweit Erschütterung hervorrufen und sich Menschen in ganz Europa mit den AktivistInnen am Taksim-Platz und im Gezi-Park solidarisieren, Politiker und Regierungen vieler europäischer Staaten und das EU-Parlament die brutalen Polizeieinsätze verurteilen, nutzen andere die »Gunst der Stunde«. Während Europa auf diesen Krisenherd der Demokratie blickt, dreht die griechische Regierung die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten ab. Einfach so. ◊

AUSTERITÄTSPOLITIK

EUropa zwischen Auflösung und Empörung

Im siebenten Jahr der kapitalistischen Krise ergibt sich folgendes Bild: Im Süden und im Osten Europas haben die von der Troika aufgezwungenen Austeritätsprogramme humane Katastrophen ausgelöst, aber das Ziel, zu dessen Erreichung sie implementiert wurden, nämlich den Abbau der Staatsschulden, eindeutig verfehlt.

WALTER BAIER

FOTO © RAZIM77/FLICKR, 9. JUNI 2013

DAS KRISENBEDINGTE Fiasko[1] hat ein solches Ausmaß angenommen, dass der Generaldirektor des Internationalen Roten Kreuzes die Umorientierung der Programme seiner Organisation in Richtung Europa mit folgenden Argumenten ankündigt: »Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg waren so viele Europäer von humanitärer Hilfe abhängig (...). Soziale Spannungen wachsen immer, wenn das Brot zu teuer wird. Zudem haben immer mehr Jugendliche mit Universitätsabschluss keine Chance auf einen Job. Sie müssen sich anhören, dass es Jahre dauern kann, bis es besser wird. Dass der Hass auf die Politik wächst, ist kein Wunder. Da stauen sich Wut, Frust und Hoffnungslosigkeit auf: eine explosive Mischung.«[2] Die im Europaparlament gegen die Stimmen der Linken beschlossene Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie der von 25 Mitgliedsstaaten ratifizierte Fiskalpakt, die gemeinsam darauf abzielen, mit autoritären Mitteln eine rigide Austeritätspolitik zu erzwingen, haben die Lage erkennbar verschlechtert. Auch die siebzehn Staaten umfassende Euro-Zone und die EU sind 2013 in eine Rezession eingetreten. Dass die im Frühjahr veröffentlichte Negativprognose des IWF mit der Ankündigung verbunden wurde, im Folgejahr werde die Wende zum Positiven eintreten, ist nicht sehr glaubwürdig. Im Gegenteil, immer mehr ernst zu nehmende ÖkonomInnen warnen, dass die EU in eine zehn bis fünfzehn Jahre dauernde Depression eintauchen könnte. Was danach von Sozialstaat, Demokratie und europäischer Integration übrig bliebe, kann man erahnen.

Der europäische Kapitalismus sieht sich mit historisch neuen Herausforderungen konfrontiert. Die innere Krise vollzieht sich auf dem Hintergrund einer Verschiebung der weltwirtschaftlichen Gewichte, die durch ein Detail illustriert wird, das die »Financial Times« Mitte März publizierte: Während sich der Pool der von den drei wichtigsten Ratingagenturen mit einem Triple A versehenen Staatsanleihen weltweit verringert, kam es zu einer Aufwertung der Staatspapiere in einem großen Teil des Rests der Welt. »Ganz oben auf der Skala der Kredit-Upgrades seit Januar 2007 befinden sich Uruguay, Bolivien und Brasilien. Die größten Herabstufungen fanden im krisengeschüttelten Südeuropa statt, im Falle Griechenlands sehen wir den steilsten Abstieg«.[3]

Ein ähnliches Bild zeigt die im Frühjahr publizierte Wachstumsprognose des IWF:

IWF-Wachstumsprognose 2013[4]

China	8,0 %
Weltwirtschaft	3,3 %
US	1,9 %
Eurozone	– 0,3 %
Österreich	0,8 %
Deutschland	0,6 %
Frankreich	– 0,1 %
Italien	– 1,5 %

Das Muster einer wirtschaftlichen Entwicklung in drei Geschwindigkeiten beunruhigt nicht nur die Europäer, sondern bedroht, wie der Chefökonom des IWF, Olivier Blanchard, warnt, die Weltwirtschaft insgesamt, die nur so stark sein könne wie ihr schwächstes Glied:

- Anhaltende Dynamik der »emerging markets« und Entwicklungsökonomien;
- Moderates Wachstum der USA;
- Rezession in Europa.

Der Weg von der vor dreizehn Jahren bei einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs ausgerufenen Lissabon-Strategie, die die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wis- ⇆

1 Die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP stiegen in Griechenland von 2009 bis 2013 von 129 auf 176 Prozent, in Portugal von 83 auf 128 Prozent und in Spanien von 54 Prozent auf 124. In der gesamten Euro-Zone beträgt der Schuldenstand nun 90,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, nach 87,3 Prozent 2011. In der EU entsprachen die aufgelaufenen Schulden 85,3 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukt, 2011 waren es noch 82,5 Prozent gewesen

2 Die Presse: http://diepresse.com/home/leben/1385374/Yves-Daccord_Sicherheit-ist-fuer-mich-der-groesste-Luxus?from=suche.intern.portal

3 http://www.ft.com/intl/cms/s/0/9fcd5f10-9635-11e2-9ab2-00144feabdc0.html#axzz2OkdE3K2j

4 Chris Giles: »IMF cuts 2013 global economic outlook« in: Financial Times, 16. April 2013: http://www.ft.com/intl/cms/s/0/03c36652-a66e-11e2-885b-00144feabdc0.html#axzz2RCpqjMOe

sensgestützten Raum der Weltwirtschaft machen sollte, zur heutigen tatsächlichen Malaise erweist sich in der Rückschau als erstaunlich kurz.

Die sozialen Auswirkungen lassen sich, soweit statistisch überhaupt ausdrückbar, aus dem Vierteljahresbericht[1] des für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Inklusion zuständigen EU-Kommissars László Andor ablesen, dem zufolge im Jänner EU-weit 26 Millionen Menschen (10,8 Prozent) ohne Job waren, wobei die Jugendarbeitslosigkeit im Jänner eine Rekordhöhe von 23,6 Prozent erreichte.

Auch aus dieser Perspektive fällt das Zeugnis für das »Krisenmanagement« der Staaten und der EU vernichtend aus. Allein seit Frühjahr 2011 haben 3,7 Millionen Menschen ihren Job verloren, wobei der Trend in der Euro-Zone noch schlechter ist als im Durchschnitt der EU.

Doch die Daten verdeutlichen noch eine andere Entwicklung von erheblicher politischer Sprengkraft für das Projekt der europäischen Integration, weisen sie doch im Süden und im Osten Europas eine im Schnitt um zehn Prozent höhere Arbeitslosenrate aus als für den Norden und das Zentrum.

Angesichts dieser objektiven Unterschiede in der sozialen Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass im Verlauf der letzten Jahre nationalistische Interpretationen der Krise zugenommen haben, was zum Entstehen und zum Anwachsen rechter, rechtsextremer und in einzelnen Fällen neonazistischer Parteien geführt hat.

Im Hinblick auf die Öffnung eines demokratischen und sozialen Auswegs aus der Krise sind es allerdings klassenmäßige Reaktionen auf die Krise, Streiks, Demonstrationen und neue soziale Bewegungen, wie sie sich vor allem – aber nicht ausschließlich – im europäischen Süden entwickelt haben, die unsere Aufmerksamkeit verdienen.

Ohne zu übertreiben kann man das laufende Jahrzehnt als das der umfangreichsten Mobilisierung der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen die Politik der herrschenden Klasse seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnen. Und viele Anzeichen sprechen dafür, dass die Welle der Proteste weiter anwachsen wird.

Zur selben Einschätzung gelangt die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) in einem Bericht, den sie Anfang April zur Lage in Europa vorgelegt hat. Im Gefolge der Wirtschafts- und Währungskrise »sei das Risiko sozialer Unruhen in der EU in den vergangenen Jahren merklich, und zwar entsprechend den von der Organisation entwickelnden Indikatoren um 12 Prozent im Verhältnis zu vor der Finanzkrise, gestiegen«[2].

Anfang April berichtete der Londoner »Independent«, dass die beiden größten britischen Gewerkschaften, »Unite« und »Unison«, sich für eine Diskussion über die

1 European Commission: EU Employment and Social Situation Quarterly Review – March 2013, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2013/03/20130326_en.html

2 »9th European Regional Meeting«, http://www.ilo.org/global/meetings-and-events/regional-meetings/europe-and-central-asia/erm-9/lang--en/index.htm

FOTO © SBAMUELLER/FLICKR

Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die Austeritätspolitik ausgesprochen hätten. Der Debatte kommt angesichts der Einschränkung des Streikrechts in der Ära Thatcher große Bedeutung zu, und der »Independent« versäumt auch nicht, darauf aufmerksam zu machen, dass mit der Ausrufung des Generalstreiks die Gewerkschaften zum ersten Mal seit 1926 zu dieser massivsten ihnen zur Verfügung stehenden Aktion greifen würden.

Die Debatte der britischen Gewerkschaften reiht sich ein in eine Mobilisierung gegen die Austeritätspolitik. Rufen wir uns die auffälligsten Aktionen dieser europaweiten Widerstandsbewegung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres in Erinnerung:

Ende des vergangenen Jahres: Beginn einer mehrere Monate anhaltenden sozialen Protestwelle in Slowenien; Streik der Bediensteten des öffentlichen Verkehrs in Athen;
Im Februar: Massendemonstrationen in Bulgarien gegen Verelendung und für eine neue Verfassung;
13. und 14. März: Aktionstag der europäischen Gewerkschaften aus Anlass des EU-Gipfels;
Anfang März: Demonstration einer Million Menschen in Portugal unter dem Slogan »Screw the Troika« gegen das Memorandum;
10. März: Mobilisierung der beiden größten spanischen Gewerkschaften in einem Bündnis mit 160 Organisationen zu Massenaufmärschen in allen bedeutenden Städten des Landes;
5. Mai: 100.000 demonstrieren in Paris gegen Austerität und Korruption;
1. Juni: Mobilisierung der »Bewegung der Plätze« in Portugal, Spanien, Griechenland und Deutschland;
22. Juni: Demonstration der britischen Gewerkschaft gegen die Austeritätspolitik der Tory-Regierung.

Der Stil, mit der die von den finanzpolitischen Hardlinern aus Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Finnland angeführten Euro-Finanzminister eine für die Bevölkerung erträgliche Lösung der zypriotischen Bankenkrise verweigerten, zeigt an, dass die Auseinandersetzung in eine neue, noch schärfere Periode eintritt.

»Bis jetzt«, argumentiert der griechische Ökonom Yanis Varoufakis, »haben die Unterstützer des Austeritätsprogramms und des deutschen Umgangs mit der Krise der Eurozone in den Defizitländern (einschließlich Frankreichs) immer argumentiert, dass wir mit Berlin und Frankfurt gemeinsam eine Linie verfolgen müssen, um ausreichend Vertrauen bei denen zu erwecken, die die Verfügungsgewalt über das Geld haben (dass wir gewillt sind, ›unsere Hausübungen‹ zu machen), bevor sie den unvermeidbaren Eurobonds, der Logik einer Bankenunion und allem anderen, das notwendig ist, um die politische und wirtschaftliche Union zu stärken, ihre Zustimmung geben würden.

Der Zypern-Deal zeigt leider, wie falsch diese Sicht der Dinge war: Obwohl die Bevölkerungen an der Peripherie (in Irland, Portugal, sogar in Griechenland und Italien), wenngleich mit Zähneknirschen, ihre Häupter unter der strengen Austeritätsknute gebeugt und sich mit der Beseitigung der Arbeitsschutzrechte abgefunden haben, entferne sich die Mächte, die in Berlin und Frankfurt das Sagen haben, immer weiter von allem, was die Einheit aufrechterhalten würde, indem sie eine immer autoritärere und spalterische Politik anwenden, die die Eurozone in genau die entgegen gesetzte Richtung von dem drängt, was die politische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit gebieten würde.«[3]

Die damit verbundenen politischen Gefahren für die europäische Integration und die Stabilität von Staaten sind offenkundig. Eine wachsende Zukunftssorge, die auch Teile der herrschenden Klasse und der politischen Eliten ⇆

3 Varoufakis, Yannis: »The Good, the Bad and the Extremely Ugly«, http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/headlines/news/2013/03/20130326_en.htm

ergriffen hat, findet im politikwissenschaftlichen Diskurs ihren Ausdruck.

In einer kürzlich der Öffentlichkeit übergebenen Publikation entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) vier mögliche Szenarien für die Gestalt der Eurozone im Jahr 2020.[1] Den Ausgangspunkt bildet die Erkenntnis, dass das bisherige Verfahren (Szenario 1, »Muddling Through« – Durchwursteln), die Finanzkrisen als Einzelfälle, jedoch unter Anwendung des immer gleichen Policy-mix aus Notkrediten und Austerität abzuhandeln, nicht mehr lange fortgesetzt werden kann, schließt es doch eine wirtschaftliche Erholung praktisch aus. Bezeichnend ist, dass die Autoren die Verwirklichung des von ihnen befürworteten Szenarios einer Vervollständigung der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine Finanzunion und eine politische Union unter demokratischen und sozialen Auspizien (Szenario 2) für unwahrscheinlich halten.

Was drohe, sei ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Euro-Zone (Szenario 3) mit negativen und gefährlichen Konsequenzen. In diesem Dilemma kommen die Autoren der Studie zu einer, für eine politische Stiftung, deren Mutterpartei sich bislang der Europäischen Integration und der Politischen Union uneingeschränkt verpflichtete, bemerkenswerten Schlussfolgerung (Szenario 4): »Die Unwahrscheinlichkeit, dass in absehbarer Zukunft die Währungsunion durch eine Fiskalunion vervollständigt wird, führte zu einer Situation, in der das Szenario eines Kerneuropa von vielen wenn schon nicht als wünschenswertes, so doch als wahrscheinliches zweitbestes Ergebnis der gegenwärtigen Krise angesehen wird.« Und, um den Beigeschmack des nationalistischen Sonderwegs dieser »zweitbesten Option« abzuschwächen, wird angefügt: »Ein wichtiger Unterschied, der in der Debatte eine Rolle spielte, war jener zwischen einerseits einem Kerneuropa im Sinne eines Zwei-Ebenen-Modells mit einem geschlossenen Zentrum und einer weit hinterher hinkenden Peripherie und andererseits der modifizierten Variante eines Europa der zwei Geschwindigkeiten, in dem sich eine Vorhut an Staaten auf eine Fiskal- und politische Union hin bewegt, während für andere die Tür zum Beitritt offen gelassen wird …«[2] Doch die Substanz eines Rückzuges der »Triple-A«-Staaten aus den europäischen Verpflichtungen, die aus der zu ihren Bedingungen und zu ihrem einseitigen Vorteil eingerichteten Währungsunion folgen, wird sich nicht durch semantische Übungen aus der Welt schaffen lassen.

Angesichts des Desasters, über das auch die von der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchten Szenarios Zeugnis ablegen, ist erstaunlich, dass auch nicht ansatzweise eine Korrektur der neoliberalen Ausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Europäischen Union in Erwägung gezogen wird. Nicht einmal die sehr pragmatisch vorge-

1 Friedrich-Ebert-Stiftung. International Policy Analysis: »Future Scenarios Fort he Eurozone«. Mit 650 MitarbeiterInnen und einem Jahresbudget von 140 Millionen Euro stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung die bei Weitem größte der parteinahen, politischen Stiftungen Deutschlands dar.

2 Ebd. S. 6, übers. aus dem Englischen.

FOTO © SBAMUELLER/FLICKR (ART IN TALLIN)

tragenen Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbunds nach ausreichend guten, zukunftsfähigen und hochwertigen Arbeitsplätzen, Regulierung der Finanzmärkte, Finanzierung eines europaweiten Investitionsprogrammes durch eine spezielle »New-Deal-Anleihe«[3] erfahren Beachtung, obwohl die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise die entscheidende Voraussetzung für eine Fortsetzung der europäischen Integration darstellt.

Die jetzige Krise der Europäischen Integration könnte der Vorbote viel tiefer gehender Erschütterungen sein. Der Versuch, die EU in ein autoritäres Austeritätsregime zu verwandeln, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zum Scheitern verurteilt. Die von Rosa Luxemburg 1918 beobachtete »Walpurgisnacht auf dem nationalistischen Bocksberg« droht als eine der Möglichkeiten.

Will die Linke in dieser prekären politischen Lage als europäische Kraft bestehen, so muss sie ihre sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Alternativen durch ein Programm der Demokratie in Europa vervollständigen. **Folgende Kriterien halte ich dabei für maßgeblich:**

1 Man kann sich Europa nicht als einen einheitlichen Staat vorstellen, denn Europa ist keine Nation. Aber wir können uns die EU als ein »Commonwealth europäischer Nationen« denken, dessen Grundlage die Idee der Demokratie und der Subsidiarität ist. Das würde bedeuten, dass die Kompetenzen zwischen der Union und den Staaten so aufgeteilt sind, dass die Union nur dort über Kompetenzen verfügt, wo die der Staaten nicht ausreicht. Das können auch sehr wichtige sein, wie soziale und ökologische Standards, Bankenaufsicht, Umverteilungspolitik, sogar Europäische öffentliche Dienste und europäische Transferleistungen.

2 Die politische Legitimität muss auf einem schlanken Grundgesetz beruhen, das die Normen des gemeinsamen juridischen Raums definiert und die Kompetenzteilung zwischen den verschiedenen Ebenen und Institutionen regelt; eine europäische Bürgerschaft auf Grundlage gleicher Rechte aller in der Union lebenden Menschen und ein einheitliches, proportionales Wahlrecht für das Europäische Parlament.

3 Die Europäische Union braucht eine Charta der Rechte der Nationen und Volksgruppen, denen das Recht auf Selbstbestimmung und Autonomie zusteht. Sie müssen frei und demokratisch entscheiden können, ob sie einem Staat oder der Union angehören wollen. Jedem Individuum steht das Recht zu, sich einer nationalen Gemeinschaft seiner Wahl anzuschließen oder nicht, sowie seine kulturellen, nationalen und religiösen Rechte im Rahmen des allgemeinen juridischen Rahmens auszuüben.

4 Keine europäische Institution, weder die Europäische Zentralbank, noch der Europäische Gerichtshof, noch die europäische Kommission dürfen als quasi gesetzgebende Instanzen agieren. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt müssen aufgehoben werden. Das Europäische Parlament übernimmt die volle Verantwortung für die europäische Geldpolitik. Es übt die Kontrolle der europäischen Zentralbank aus.

5 Die Rechte der Parlamente gegenüber den Exekutiven werden auf allen Ebenen gestärkt. Das Europäische Parlament erhält in dem durch die Subsidiarität gegebenen Rahmen das volle Recht, über das europäische Budget zu entscheiden, europäische Gesetze zu beschließen und die europäische Kommission als seine Exekutive zu wählen. Zur Wahrung der Rechte der Staaten und Nationen wird eine zweite Kammer des Europäischen Parlaments eingerichtet. ◊

3 DGB Bundesvorstand: Ein Marschallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerksckaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa«, Berlin 2012

Salud!

JETZT IST sie wieder da, die Urlaubs- und Ferienzeit, und wieder werden Flüge in die Karibik angeboten, gerade so, als ob es Ausflüge an einen gemütlichen Bergsee wären.

Das nach dem Irrtum des Kolumbus »Westindische Inseln« benannte Gebiet erstreckt sich auf einer Fläche von ca. 2.800.000 Quadratkilometern mit Tausenden kleinen und weniger kleinen, z. T. sogar recht großen Inseln, insgesamt 34 Inselgruppen von den Amerikanischen Jungferninseln bis nach Trinidad und Tobago, Kuba die größte. Dreizehn »unabhängige«, fünfzehn gar nicht unabhängige Inselstaaten. Fast 40 Millionen Menschen bewohnen diese Erdenbrösel. Hauptsprache ist Spanisch. Viele Sprachen der ursprünglichen Bevölkerung gibt es wegen Ausrottung nicht mehr. Vom Chef der Christen wurde den »Entdeckungsreisenden« (was zuerst einmal die Portugiesen waren, die das Privileg für den Sklavenhandel erhielten) aufgetragen, »die Sarazenen, Heiden und andere Feinde Christi (zu) unterwerfen und in immerwährende Sklaverei (zu) überführen«. Wurde erledigt. Die Worte Arawak und Taino stehen nicht im Duden, grad noch die Kariben.

Der Dreieckshandel von Europa nach Afrika, von dort nach Amerika und wieder zurück nach Europa brachte mit der an die dreihundert Jahre dauernden Verlagerung und Vernichtung von Menschen, der Zerstörung alter Kulturen und der dadurch ermöglichten Gewinnung von Geld, Gold, Silber, Kaffee, Kakao usw. usf. die Mittel für die industrielle Revolution in den europäischen Ländern. Die spanischen Schatztransporte nach Europa riefen die Konkurrenz auf den Plan. Das englische Königshaus u. a. heuerten Piraten an bzw. erteilten ihnen die Lizenz, andere Schiffe zu überfallen und die Ware a. a. O. abzuliefern.

Eine upgedatete Unterart der klassischen ist die Finanz-Piraterie. Und das (nicht nur) auf einer Inselgruppe, deren Name das Gegenteil dessen vortäuscht, was es ist. Baja mar, seichtes Gewässer, Bahamas. 1810 wird die Unabhängigkeit von Spanien erklärt, nach unzähligen Schrecksekunden von sechs Jahren von selbigem anerkannt, 1973 wird die Unabhängigkeit von England gefeiert. Durch Verwicklungen in den benachbarten Südstaaten wie Bürgerkrieg, Blockaden, Prohibition, die Revolution auf Kuba ließen die Hauptstadt der Bahamas, Nassau, zum Blockade-Brecher, Schmuggler-Hafen, Finanz-Spezial-Platz mutieren. Im Zweiten Weltkrieg war der Herzog von Windsor der General-Gouverneur, jetzt ist das Staatsoberhaupt die Queen Elizabeth persönlich.

Um die hochwohlgeborene Tradition fortzuführen und gepflegte Nachbarschaft zu garantieren, wird Einiges geboten. Eine Immobilien-Makler-Organisation, die Ländereien und Inseln weltweit zum Verkauf anbietet, empfiehlt ausdrücklich die Bahamas. Für kleinere Geldtaschen werden »cays«, Mini-Inseln in Keksgröße, schon ab einer Viertel Million Dollar ausgeschrieben. Größere Inseln mit Erschließungspotential kosten entsprechend mehr.

Eine Karibikinsel sei ideal zur Überwinterung. So z. B. die Bonefish cay, ein Juwel in der Abacos-Inselkette. Angepriesen als »top entwickelte Privatinsel« mit hurricansicherem Luxusrefugium. Sogar Geschirr und Besteck sind im Kaufpreis (14,5 Millionen Dollar) enthalten. Aber es gilt die Empfehlung, zuerst mieten, um zu testen, dann kaufen. Der Richtpreis für eine Woche wäre dann 50.000.– Euro zuzüglich der lokalen Steuern, aber inclusive Vollpension, Service, Nutzung der Boote und anderer Extras. Um die Verpflegung kümmert sich ein eigener Gourmet-Koch mit Team. Zur Auswahl stehen französische, asiatische, vegetarische und Höhepunkte einheimischer Küche. Die eigenen Menü-Wünsche und Vorlieben können mit dem Koch abgestimmt und auch die Servierwünsche besprochen werden. Ob an der Tafel im Haupthaus, auf großer Terrasse, ob Candlelight-Dinner oder Barbecue am Strand. Die Inselbar großzügig ausgestattet, auf Wunsch der eigene Lieblingswein oder Champagner vorrätig angelegt wird. Salud!

ELISA STEIN

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (29.06.2011)

SCHWERPUNKT
GRIECHENLAND

Widerstand liegt in der Luft

SCHWERPUNKT GRIECHENLAND
WIDERSTAND LIEGT IN DER LUFT

CLAUDIA KRIEGLSTEINER
21 **Heiße Tage in Athen**
– über den Alter Summit

INTERVIEW MIT ALEXANDRA STRICKNER
22 **Troika für alle?**
– über unsere Aussichten

INTERVIEW MIT WALTER BAIER
25 **Ein grosser Schritt zu einer europäischen sozialen Bewegung** – über die Bedeutung des Alter Summit

ALEXIS TSIPRAS
28 **Widerstand liegt in der Luft**
– zur Eröffnung des Alternativgipfels in Athen

INTERVIEW MIT IRO DIOTI
28 **Geschäftsmodell Krise** – über den Widerstand gegen die Zerstörung eines Landes

GIORGOS CHONDROS
35 **Programm für 10 Tage, für 10 Monate und für 10 Jahre** – über eine linke Regierung in Griechenland

FOTOS VON MATHIOUDAKIS VASSILEIOS

Heiße Tage in Athen

Während in Mitteleuropa die Außentemperaturen schwanken, ist es in Griechenland konstant heiß – ja, auch im übertragenen Sinn. Ein Bericht aus Athen, nicht nur vom Alternativgipfel, von CLAUDIA KRIEGLSTEINER.

NACH EINER Woche intensiver Debatten auf dem Alter Summit, einer beachtlichen Demonstration und unzähligen Gesprächen mit FreundInnen und GenossInnen erreicht uns in der Nacht vor der Abreise aus Athen die Nachricht vom Beschluss des Premiers Samaras, die vier überregionalen und 17 regionalen TV-Sender, sowie sämtliche Radioprogramme des griechischen öffentlich rechtlichen Rundfunks, ERT, um exakt null Uhr einzustellen. Keineswegs zufällig hielt sich zum Zeitpunkt dieses beispiellosen Beschlusses eine Delegation der Troika in Athen auf, ohne deren Zustimmung die griechische Regierung ohnedies keinen Schritt mehr setzt. Nicht nur dass damit 3500 MitarbeiterInnen innerhalb von 24 Stunden ihre Arbeitsplätze verloren haben werden, soll dadurch mit einem Schlag die gesamte Rundfunkkommunikation ausschließlich den – von Bauunternehmen und transnationalen Konzernen kontrollierten – Privatfirmen übertragen werden. Ein Rundfunkmonopol der neuen, neoliberalen Art.

Tausende von Demonstrierenden kommen noch in der Nacht zum Sender, um ihrem Protest und der Solidarität mit den Beschäftigten Ausdruck zu verleihen. Die JournalistInnen und technischen MitarbeiterInnen besetzen den zentralen Sender und produzieren weiter Programm. Die ganze Nacht über bleiben die AktivistInnen am Platz. Noch als wir Athen verlassen, befinden sich die MitarbeiterInnen der Privatstationen im Solidaritätsstreik. Die griechischen Gewerkschaften rufen zu einem Generalstreik auf.

Es ist zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Textes nicht abzusehen, welche Etappe in den Kämpfen in Griechenland damit eingeleitet wurde, noch warum die Regierung sich zu einer dermaßen drastischen, allen Regeln einer demokratischen Vorgangsweise hohnsprechenden, Aktion hinreißen ließ.

Jedenfalls ist es eine weitere Momentaufnahme der autoritären Umgestaltung Europas, in der insbesondere die Menschen in Griechenland, nun schon seit beinahe vier Jahren einen Schlag nach dem anderen einstecken sollen und müssen. Trotz beeindruckender Widerstandsaktionen, trotz breiter Mobilisierungen und oft sehr kreativer und konkreter Lösungen für akute Notsituationen scheint die Politik der Herrschenden, der einheimischen sowie jener, die von der Troika repräsentiert werden, einfach nicht aufzuhalten zu sein.

Dilemma und Hoffnungen

Gerade das Wissen um dieses Dilemma brachte seit beinahe einem Jahr AktivistInnen, Intellektuelle und VertreterInnen unterschiedlicher Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen aus 22 Ländern Europas im Koordinierungskomitee zu den Vorbereitungen für den »Alter Summit« zusammen. Sie wandten sich in ihrem Prozess auch mit dem Aufruf zur Unterstützung an Parteien, die ihr Hauptanliegen, die Austeritätspolitik zu stoppen und eine alternative, demokratische Entwicklung in Europa einzuleiten, teilen. Das zwischen all diesen sozialen und politischen AkteurInnen im letzten Jahr geschaffene Verständnis, ja gemeinsame Vertrauen kann sich in den kommenden Monaten der unabsehbaren Entwicklungen als unschätzbar wertvoll zeigen.

Hoffnung bedeutet in dieser Situation auch Syriza, das linke Wahlbündis, das gerade an diesem Wochenende weitere Schritte zur Gründung einer neuen Partei gesetzt hat. Viele der griechischen GenossInnen, die sich aktiv am Alter Summit beteiligen, gehen direkt vom Stadion in Versammlungen, um das neue Projekt einer radikalen, pluralen, linken Partei zu diskutieren. Einige von ihnen, Mitglieder des ZK von Synaspismos mit einer bestimmten Melancholie, findet doch am Sonntag auch eine Sitzung ihres Zentralkomitees statt, in der sie die Auflösung ihrer alten Partei zugunsten der neuen beschließen.

Bei der großen Eröffnungsveranstaltung des Alter Summit am Freitag den 7. Juni spricht Alexis Tsipras, der Vorsitzende von Syriza, über die Kämpfe in Grie- ⇆

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (29.06.2011)

chenland und ihre Bedeutung für eine andere Entwicklung Europas. Nicht überraschend, war dies der Höhepunkt des Ereignisses, zu dem auch die meisten TeilnehmerInnen in das – ehemals olympische – Radstadion in Athen kamen. Vor 2500 ZuhörerInnen wurde Alexis etwas überschwänglich vom Moderator als »die Hoffnung Griechenlands, die Hoffnung Europas« angekündigt. Tsipras antwortet schlagfertig: »Die Hoffnung Griechenlands ist der Widerstand und die Hoffnung Europas heißt Solidarität!«

Ein Zeichen setzte das Vorbereitungskomitee in Zeiten, in denen Podien und Diskussionen – oft sogar in linken Zusammenhängen – wieder ausschließlich mit Männern besetzt werden – mit der Festlegung, dass die Berichte über die nationalen politischen und sozialen Auseinandersetzungen in den, neben Griechenland, hauptsächlich betroffenen Ländern ausschließlich von Aktivistinnen gehalten wurden. So konnte gewährleistet werden, dass die RednerInnenliste geschlechterparitätisch blieb.

Das doch anspruchsvolle Veranstaltungsformat mit 24 RednerInnen gab einen beeindruckenden Überblick über die beteiligten Organisationen ebenso wie über die Kämpfe, die in den unterschiedlichen Teilen Europas gerade geführt werden.

Der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes nahm zwar nicht persönlich teil, aber eine für die Veranstaltung aufgenommene Videobotschaft sicherte den TeilnehmerInnen die Unterstützung des Dachverbandes der Gewerkschaften in Europa zu. Berührend war die Rede der Vertreterin der CCOO (Commissiones Obreras), der spanischen Gewerkschafterin, die die Situation eines Großteiles der spanischen Jugend ohne Zugang zum Arbeitsmarkt und die prekarisierten Lebensumstände einer immer weiter wachsenden Zahl von arbeitslosen Menschen schilderte. Gleich am Anfang des Abends erhielt Annick Coupé, Sekretärin der französischen Gewerkschaft FSU das Wort, und kam auf eine Tragödie zu sprechen, die in internationalen Medien Aufmerksamkeit erhielt: ⇆

Troika für alle?

Interview mit ALEXANDRA STRICKNER **von ATTACK Österreich am Rande des Alter Summit in Athen.**

Du warst sehr aktiv am Prozess des Manifests beteiligt. Wie ist das abgelaufen?
ALEXANDRA STRICKNER: Die Arbeit daran war sehr produktiv und vor allem ein demokratisch organisierter Prozess, der viele verschiedene soziale AkteurInnen zusammenführte. Auch viele neue Elemente haben sich daraus ergeben. Nachdem sich die europäischen Sozialforen eigentlich rückentwickelt haben, hat sich gerade in und durch die Krise gezeigt: Wir müssen international zusammenarbeiten, und zwar auf inhaltlicher Basis, nicht nur wie die Sozialforen. Und auch der nationale Rahmen allein reicht nicht aus. Den Menschen wird immer klarer, dass Europapolitik nicht nur den EU-Abgeordneten oder einigen Brüssler Lobbyisten bzw. dem Brüssler Büro des ÖGB überlassen werden kann. Das ist ein großer Fortschritt.

Hat der Alter Summit auch Auswirkungen auf die österreichische Situation?
ALEXANDRA STRICKNER: Sicherlich. Ich sehe bereits erste Auswirkungen, bzw. schon während der Vorbereitungen für Athen haben sich in Österreich ähnliche Entwicklungen abgezeichnet. Seit einem halben Jahr bin ich engagiert in der Initiative »Europa geht anders«. Sie wendet sich in erster Linie gegen den Wettbewerbspakt der EU. Noch im Juni soll er durch den Europäischen Rat gehen. Begonnen haben wir diese Initiative, indem wir uns an verschiedene Personen, z. B. Abgeordnete, GewerkschafterInnen, Menschen in sozialen Initiativen und linken Parteien gewandt haben, um gegen den Fiskalpakt etwas zu unternehmen und Bewusstsein zu schaffen. Das Ergebis ist eine Plattform, die aus Personen, nicht aus Organisationen besteht, und die ErstunterzeichnerInnen kommen aus verschiedenen europäischen Staaten. Der Kreis der UnterzeichnerInnen erweitert sich täglich. Die Unterschriftenaktion, die wir jetzt in ganz Europa lanciert haben, soll verhindern, dass nicht schon in Kürze alles

abgesegnet wird. Wir brauchen Zeit, um mit den Menschen über die Konsequenzen eines solchen neuerlichen Austeritätspaktes zu diskutieren.

Wie wird das in Österreich weitergehen?
ALEXANDRA STRICKNER: An einem ersten Treffen haben in Österreich fünfzig der ErstunterzeichnerInnen teilgenommen. Das Bedürfnis besteht, weiter vertiefend inhaltlich zusammenzuarbeiten. Wir wollen Teil eines breiten demokratischen Prozesses sein und Wege aus der Krise vorschlagen, gemeinsam das politische Kräfteverhältnis ändern. Natürlich ist für dieses politische Ziel noch viel zu tun. Für den Herbst ist ein Treffen aller ErstunterzeichnerInnen aus ganz Europa in Österreich geplant, wo wir über weitere Aktionsschritte beraten wollen, mit dem Fokus auf einer positiven Perspektive.

Was kann man genau dafür – für die Entwicklung einer positiven Perspektive – in Österreich tun?
ALEXANDRA STRICKNER: In Österreich ist derzeit wohl das Hauptgebiet die Aufklärung und Bewusstseinsbildung: Dass wir selber gestalten können, wohin wir wollen. In Österreich ist den Menschen noch nicht bewusst, dass wir dem Konzept »Troika für alle« entgegengehen. ◊

Die Fragen stellte Waltraud Fritz-Klackl

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (08.10.2012)

Clément Méric, ein 16-jähriger Aktivist, wurde eine Woche zuvor in der Pariser Innenstadt von Neonazis attackiert und erlag seinen schweren Verletzungen.

Nach einer Schweigeminute stellten europäische Netzwerke wie Attac, Food Sovereignity, der Weltmarsch der Frauen oder die Liga für Menschenrechte, sowie das Europäische Armutsnetzwerk ihre Analysen und Kampagnen vor.

Sonja Ablinger, SPÖ-Abgeordnete und einzige Mandatarin der österreichischen Regierungskoalition, die im Parlament gegen den Fiskalpakt gestimmt hatte, berichtete über die gerade angelaufene Initiative »Europa geht anders«, die zunächst im nationalen Rahmen, aber mit der Ambition einer europaweiten Initiative, gegen die aktuell geplante »Wettbewerbsrichtline« der EU-Kommission mobilisiert. Ebenso wie der ehemalige Vorsitzende der grünen Gruppe im EU-Parlament, Philippe Lamberts aus Belgien, muss sie ihre Positionen zur Austeritätspolitik und zum neoliberalen sozialen Kahlschlag sowohl in ihren Reden, wie in ihrem politischen Engagement, gegen die Orientierung ihrer eigenen Partei einnehmen.

Im Gegensatz dazu kann sich Alexis Tsipras mit seinem Aufruf zum Kampf um eine Wende in der europäischen Politik sowohl auf die griechische Syriza, als auch auf die Europäische Linkspartei, als deren Vizepräsident er auf dem Alter Summit sprach, stützen. Auch der Vorsitzende der Europäischen Linkspartei, Pierre Laurent, nahm am Alter Summit teil und sprach in der Versammlung der Griechenland-Solidaritätsnetzwerke.

Manifest für gemeinsame Strategien

Die Debatten zu den Berichten in der Eröffnungsveranstaltung und zu verschiedenen Vorschläge und Ideen zu Kampagnen und Allianzen wurden in fünfzehn Versammlungen, »Assambleas«, weitergeführt. Konkrete Ergebnisse werden in Kürze publiziert. In einer ersten Pressemeldung nach dem Summit wurde zu dem über sechs Monate vorbereiteten gemeinsamen Manifest, das auf der Homepage des Alter Summit zu finden ist, zusammengefasst:

»Zum ersten Mal verfügt eine breite Plattform aus Gewerkschaften und Sozialbewegungen über eine klare Liste von gemeinsamen und drängenden Forderungen, auf die sie ihre Kämpfe ausrichten können. Und erstmals ist eine wichtige europäische Zusammenkunft in der Lage, nicht nur einen gemeinsamen Text, sondern auch gemeinsame Strategien und Aktionen zu entwickeln, die in einem langfristigen und unter den teilnehmenden Organisationen und Bewegungen ausgewogenen Prozess erarbeitet wurden.

Dieses Manifest zeigt, dass Alternativen für ein soziales, ökologisches, feministisches und demokratisches Europa existieren.«

Zeitgleich mit dem Alter Summit fand, nach zwei Monaten ausverkaufter Vorstellungen, am Sonntagabend zum letzten Mal eine dem Leben und Werk von Mikis Theodorakis gewidmete Konzertveranstaltung statt. Ein musikalisch und theatral tief beeindruckendes Erlebnis, das uns österreichischen TeilnehmerInnen die griechischen GenossInnen ermöglichten, zumal der Komponist und politische Aktivist Theodorakis selbst an dieser letzten Veranstaltung teilnahm und sozusagen als »Da capo« noch einmal zum Mikrofon griff und sang. Die annähernd dreitausend ZuhörerInnen und ZuschauerInnen dieses Abends durften mit den Liedern und Ereignissen »ihres Mikis« mitweinen, mitlachen und auch mitsingen. Nicht wenige von ihnen werden sich mit Sicherheit in der Nacht zum Mittwoch den Protesten beim Fernsehsender angeschlossen haben. ◊

http://www.altersummit.eu/IMG/pdf/manifest_alter_summit.pdf

»Ein grosser Schritt zu einer europäischen sozialen Bewegung«

WALTER BAIER **ist Koordinator von »transform!«, dem Forschungs- und Bildungsnetzwerk von linken Denkwerkstätten und Zeitschriften in Europa, und war einer der Organisatoren des »Alter Summit« in Athen. Die Volksstimme sprach mit ihm über die Bedeutung des Alternativgipfels für die Linke in Europa.**

Wie kann man die Ergebnisse des Alternativgipfels in Athen zusammenfassen?
WALTER BAIER: Der Alter Summit war ein großer Kongress, unterstützt von rund zweihundert Organisationen, darunter Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und Parteien aus allen Teilen Europas, die sich trafen, um ein Manifest zu präsentieren, das eine Plattform für einen gemeinsamen, europäischen Kampf gegen die Austeritätspolitik und ihre autoritäre Durchsetzung formuliert. Ergänzend dazu wurde in fünfzehn Konferenzen, sogenannten Assemblies, über einzelne Fragen beraten – wie über das Recht auf Wohnen oder den Kampf gegen den Neonazismus in Europa, über gemeinsame Aktionen. Die Vorschläge wurden in einer Abschlusssitzung am Sonntag zusammengetragen. Im nächsten Schritt werden sie ausgewertet und der Versuch unternommen, zu einer gemeinsamen Aktionsstrategie zu kommen. Insoweit war der Alter Summit ein großer Schritt auf dem Weg zu einer sozialen Bewegung in Europa.

In vielen Einschätzungen wird betont, dass sich der Alter Summit von den Sozialforen in den vergangenen Jahren unterscheidet. Worin?
WALTER BAIER: Ich würde sagen, es geht um eine Weiterentwicklung. Die Sozialforen waren tolle Ereignisse, die aber keine Beschlüsse fassen durften. Man tauschte Erfahrungen aus, stellte Strategien nebeneinander und erlernte genseitigen Respekt und Solidarität, was ja auch keine Selbstverständlichkeit ist. Im Rahmen der letzten Europäischen Sozialforen hat sich eine Gruppe von Gewerkschaftern und Leuten aus den sozialen Bewegungen zusammengefunden, die mehr wollten, eine intensivere Zusammenarbeit und Verbindlichkeit. Mit der Krise ist deutlich geworden, dass es vor allem um die Frage der politischen Wirksamkeit geht. Wollen wir diese erhöhen, so erfordert das mehr Gemeinsamkeit und eine gemeinsame Botschaft. Sich darauf europaweit zu verständigen, ist für uns alle eine neue Erfahrung.

Warum fand das Treffen in Athen statt?
WALTER BAIER: Athen ist deshalb ein Hotspot, weil Griechenland das erste Land war, in dem die brutale Austeritätspolitik der Troika ein soziales Desaster ausgelöst hat. Und wie die Schließung des staatlichen Rundfunksenders, ERT deutlich zeigt, wird ausprobiert, wie weit man mit dieser Politik gehen kann. Andererseits aber ist der soziale Widerstand in Griechenland nicht nur besonders zäh, sondern hat auch erstmals einen direkten politischen Ausdruck gefunden, die Machtfrage gestellt. Immerhin bestand bei den letzten Wahlen die Möglichkeit, dass eine linke Regierung, die sich den Memoranden widersetzt, gewählt wird, was eine neue Situation für Europa bedeutet hätte.

Für diese Chance war die Entwicklung von SYRIZA von einer sozialen Bewegung hin zu einer Partei maßgeblich. Welche Bedeutung haben die sozialen Bewegungen derzeit in Europa?
WALTER BAIER: Historiker werden das erste Jahrzehnt im neuen Jahrhundert nicht nur als ein Jahrzehnt des Neoliberalismus verzeichnen, sondern auch als eines der massenhaften Mobilisierung sozialen Widerstands. Sicherlich regional unterschiedlich, im Süden mehr als im Norden. Die zwei wichtigsten Akteure dabei sind die Gewerkschaften, die durch die Austeritätspolitik und die Zerstörung des Sozialstaates um die Ergebnisse jahrzehntelanger sozialer Kämpfe gebracht, und aus dem öffentlichen Leben hinausgedrängt werden sollen. Die anderen Protagonisten dieser Mobilisierung sind die neuen sozialen Bewegungen, getragen von einer jungen Generation, die durch Arbeitslosigkeit und Prekarisierung um ihre Zukunft betrogen werden.

In welchem Zusammenhang steht der Alter Summit zu den Protestbewegungen und deren Aktionen wie Blockupy?
WALTER BAIER: Sie alle bilden Teile der großen Mobilisierung, von der ich gesprochen habe. Der Alter Summit ist ein Beitrag dazu, in diesen Bewegungen eine ⇆

Informationen über den Alter Summit unter:
http://www.altersummit.eu

Das Manifest des Alternativgipfels unter:
http://www.altersummit.eu/manifeste/article/manifest-71

europäische Perspektive, also gemeinsame europäische Ziele zu formulieren.

Welche Rolle spielten dann die Parteien beim Alter Summit? Deren Anwesenheit war keine Selbstverständlichkeit, oder?
WALTER BAIER: Die Herrschenden fahren ihren Kurs trotz des breiten sozialen Widerstands und ungerührt von wissenschaftlicher Expertise auf Biegen und Brechen weiter. Dabei geht es um mehr als um Borniertheit. Es handelt sich um einen Machtkampf um die künftige Entwicklung. In einem solchen Kampf muss die Politik ihre Rolle spielen. Daher auch der Aufruf an politische Akteure, sich zu beteiligen. Manche sehen das als Notwehrgemeinschaft gegen den Angriff auf den Sozialstaat und die Demokratie. Aber es geht nicht allein darum, die Austeritätspolitik zum Scheitern zu bringen, sondern dadurch die Tür zu einer progressiven Veränderung in Europa zu öffnen.

Es gab in den letzten Jahren so viel Proteste, so viele Aktionstage und trotzdem hat sich, vor allem am Sparkurs, nichts geändert. Wie würden Sie diese permanent zu werden drohende Krise beschreiben?
WALTER BAIER: Wir befinden uns in einer lang anhaltenden Transformationskrise des Kapitalismus im Weltmaßstab, mit dramatischen sozialen Auswirkungen, dem Klimawandel, der Ernährungskrise, Kriegen und einem wachsenden Risiko unbeherrschbarer Konflikte. Das ist der Hintergrund, vor dem die EU und die Eurogruppe in die Rezession eintraten. Diese Krise ist hausgemacht. Ihre wichtigste Ursache liegt in der über Jahrzehnte anhaltenden Umverteilung von Einkommen von unten nach oben mit dem Resultat einer Überansammlung von Kapital, das in die Spekulation geht, um dort Finanzprofite zu generieren. Bewusst befördert wurde dieser Prozess durch die Deregulierung der Finanzmärkte. Das Resultat ist, dass Finanzmärkte die Gesellschaften fest im Griff haben. Es ist ja inzwischen ein Gemeinplatz zu sagen, dass jede Krise auch eine Chance ist. Die Eliten jedenfalls ergreifen die Chance der Krise, um die Lasten der Anpassung und der Veränderung so einseitig auf die Bevölkerungen abzuwälzen, dass von Sozialstaat und Demokratie nichts mehr übrig bleibt.

Nun kommen in dem Manifest sehr verschiedene Themen vor, darunter auch Ökologie. Gerade in diesem Bereich wissen wir ja, dass wir die Welt nicht allein mit Klimaschutz in Europa retten können. Muss Europa dennoch jetzt erst einmal sich selbst retten, bevor es die Welt mitretten kann?
WALTER BAIER: Naja, ich würde sagen, es geht darum, welchen Beitrag Europa leisten kann, um zum Beispiel in der Klimapolitik zu einer Wende zu kommen. Aber ein Europa, das sich wie jetzt mit dem Wettbewerbspakt vor allem darauf konzentriert, auf den Exportmärkten aggressiv Raum zu gewinnen und sich ökonomisch wie politisch – was immer auch militärisch einschließt – mit anderen Mächten zu messen, wird keinen positiven Beitrag leisten. Hier stößt man wieder auf das Problem der beiden antagonistischen Logiken. Ökologische Fragen sind Bestandteil eines alternativen europäischen Entwicklungsmodells. Europa muss sich anders in die Welt stellen, als es das zurzeit tut.

Es gibt ja auch die Ansicht, gerade »Europa« sei das Problem und nicht die Lösung ...
WALTER BAIER: Ich würde das so nicht gegenüberstellen. Die EU ist einer der Schauplätze, auf dem die politische Auseinandersetzung geführt wird. Das Problem ist die Umverteilung der Einkommen von Unten nach Oben und die Deregulierung der Finanzmärkte, der Neoliberalismus, der sowohl die Staaten wie die EU beherrscht. Eine Klassenfrage, wenn man so will, und eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses in den Staaten und in der EU. Die sozialen Bewegungen kämpfen gegen Probleme, die in vielen Fällen transnational sind. Vor allem sind es aber die Wirtschaft und die Märkte. Also muss auch die Politik, die Strategie der Bewegungen und schließlich der politischen Linken transnational sein. ◊ *(red)*

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (22.10.2012)

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (13.11.2012)

ΟΧΙ ΣΤΗΝ ΚΑΤΑΡΓΗ
ΤΗΣ ΔΩΡΕΑΝ ΜΕΤΑΦΟΡ
ΤΩΝ ΜΑΘΗΤΩΝ

ΨΑΡΡΟΣ
Austerity Kills Dignity

Widerstand liegt in der Luft

Rede von ALEXIS TSIPRAS **zur Eröffnung des Alternativgipfels in Athen am 7. Juni 2013.**

DER ALTERNATIVGIPFEL, diese gewaltige Zusammenkunft der Bewegungen, ist eine Botschaft an die Menschen in Europa, an die Menschen in der Welt. Eine Botschaft der Solidarität, Einheit und des Widerstands. Die Zukunft Europas liegt nicht im Marktkapitalismus: einem bankrotten System, das uns alle bis auf die Knochen korrumpiert hat. Unsere Zukunft wird nicht von den internationalen Spekulanten und Bankiers gestaltet werden. Die Zukunft gehört den Menschen, dem Volk. Und es ist eine Zukunft der Freiheit, der Demokratie und der Würde.

Unser alter Spruch lautete: »Eine andere Welt ist möglich«. Die aktuelle Krise zwingt uns, mehr Entschlossenheit an den Tag zu legen. Eine andere Welt ist nicht nur möglich. Sie ist auch notwendig. Das wird ab jetzt unser Kampfspruch sein müssen.

Eine andere Welt ist notwendig, wenn wir uns, unsere Gegenwart und unsere Zukunft gegen das Diktat der Märkte verteidigen wollen.

Eine andere Welt ist notwendig, wenn wir diesen Alptraum der Austerität und des sozialen Untergangs beenden wollen.

Eine andere Welt ist notwendig, wenn wir den Wohlfahrtsstaat gegen die Barbarei verteidigen wollen.

Eine andere Welt ist möglich, wenn wir eine Gesellschaft der Gerechtigkeit, Gleichheit und der Achtung für das gemeinsame Eigentum und die Umwelt errichten wollen.

Der Neoliberalismus hat seine Herrschaft mit dem Versprechen eines auf den Gewinnen des Spekulationskapitals beruhenden finanziellen Wachstums durchgesetzt. Er hat Wohlstand für wenige und unbeschreibliches Elend, Ungleichheit und Korruption für alle anderen gebracht.

Heute befindet sich der Neoliberalismus inmitten einer Krise, die ihn dazu bringt, zunehmend aggressiv zu werden, mit zunehmend verheerenden Auswirkungen. Ganze Gesellschaften leiden, nur damit die Bankiers gerettet werden können. Spekulanten verurteilen die Menschen zu endlosem Sparen. Die große Mehrheit der Menschen wird dabei in Arbeitslosigkeit, Armut und Unsicherheit gezwungen. Gleichzeitig konzentriert sich der Reichtum in den Händen der Oligarchen, und die Demokratie wird angegriffen.

Griechenland ist das Versuchslabor. Es ist der Ort, wo versucht wird, das neoliberale kapitalistische Paradigma vor seinem Untergang zu retten. Wo die Strategie der sozialen Regression getestet wird. Es ist jener Ort, an dem der Gesellschaftsvertrag außer Kraft gesetzt wird, der Wohlfahrtsstaat zerstört und das öffentliche Eigentum für einen Bruchteil seines Wertes an die Kapitalisten ausverkauft werden.

Dieses Experiment wird bald schon in das übrige Europa exportiert werden. Der Süden wird durch die Memoranden und die drohende Gefahr des Zusammenbruchs in die Richtung des sozialen Rückschritts und des amoklaufenden Casino-Kapitalismus gedrängt.

Die Demokratie wird durch das Kapital bedroht. Das Kapital will absolute Dominanz über die Gesellschaft, um überleben zu können. Die Demokratie wird dadurch überflüssig und stört die Elite bei ihrem Versuch, die Plünderung der Gesellschaft als die einzig gangbare Strategie zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise zu etablieren.

Schlimmer noch: Die herrschenden Klassen – eine Handvoll Bankiers, Oligarchen und ihre politischen Funktionäre – haben einen Weg gefunden, selbst aus der von ihnen geschaffenen Krise Profit zu schlagen. Sie verwenden die Sparpolitik, um uns nur noch mehr Sparpolitik aufzuerlegen. Sie schaffen Arbeitslosigkeit, um noch mehr Arbeitslosigkeit zu verursachen.

Und scheinheilig betrauern sie die Zerstörung des produktiven Sektors, während sie selbst es sind, die weiterhin die Realökonomie zerstören.

Aber die Menschen werden diesem kapitalistischen Kahlschlag nicht teilnahmslos zusehen. Widerstand liegt in der Luft. Die Streiks und Proteste der Gewerkschaften, die Empörten auf den Plätzen, die selbstorganisierten Initiativen und Kooperativen, die Occupy-Bewegung, die den Kampf von der Peripherie in die kapitalistischen Metropolen auf der ganzen Welt trägt – ganz Europa kämpft gegen die Austerität. Die Welt ist auf Konfrontationskurs mit dem Neoliberalismus. Die Menschen kämpfen gegen Autoritarismus und soziale Ungerechtigkeit – die Türkei ist da nur das jüngste Beispiel dafür.

Der Alternativgipfel hat eine bestimmte Mission: die Erfahrungen des Widerstands und der gesellschaftlichen Kämpfe zusammenzutragen und ihnen Gewicht zu verleihen. Eine Vorgehensweise zu erarbeiten, die diese Kämpfe der Menschen verbindet und vereint und sie in eine einzige breite emanzipatorische Front verwandelt. Gegen Faschismus und Rassismus vorzugehen. Und schließlich, den Weg zu einem alternativen Programm gegen die Diktatur des Marktes und des kapitalistischen Profits freizumachen. All dies widerspiegelt sich in den Prozessen des Alternativgipfels. Und ich möchte an dieser Stelle als Vizepräsident der Europäischen Linkspartei die volle Unterstützung der EL für diesen breiten und demokratischen Prozess ebenso wie für den Inhalt des Manifests der Völker für ein demokratisches, ökologisches und feministisches Europa zum Ausdruck bringen.

Die Gesellschaft hat die Gerechtigkeit auf ihrer Seite. Ohne Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität gibt es keine Zukunft. Und es gibt keine Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ohne anhaltenden und kompromisslosen sozialen Kampf. Niemand wird uns Gerechtigkeit schenken. Wir werden darum kämpfen müssen.

Wir sind das Herz und die Seele dieses Kampfes. Wir sind die neunundneunzig Prozent. Und wir werden unsere Rechte verteidigen. Wir beziehen unser Stärke und unseren Optimismus aus den sozialen Kämpfen auf der ganzen Welt. Und wir schicken die Botschaft an Europa und den Rest der Welt: Wir werden da sein. In jedem Kampf, egal, ob groß oder klein. Vereint, stark und entschlossen, bis zum Ende zu gehen. Um unsere Zukunft zurückzugewinnen.

Übersetzung aus dem Englischen: Hilde Grammel

Niemand wird uns Gerechtigkeit schenken.
Wir werden darum kämpfen müssen.

ΑΣΤΥΝΟΜΙΑ
POLICE

ΑΣΤΥΝΟΜΙΑ
POLICE
ΑΣΤΥΝΟΜΙΑ
POLICE

Geschäftsmodell Krise: »Sie sind drauf und dran, ein Land zu zerstören und auszuplündern«

Skouries in Chalkidiki: Ein kanadisches Unternehmen bekommt zu einem Spottpreis eine Region ausgehändigt, um dort Gold zu schürfen.

IRO DIOTI**, Leiterin des Komitees zur Beobachtung der staatlichen Umweltpolitik, im Gespräch für die Internet-Seite *alterthess* über Privatisierungen, über die Auswirkungen des Memorandums und der Krise auf die Umwelt sowie über das Verhältnis von Umwelt und Rekonstruktion der griechischen Industrie.**

Das Gespräch wurde in Thesssaloniki anlässlich an einer von SYRIZA und der Initiative »Anichti Poli« (Offene Stadt) organisierten Veranstaltung gegen die Privatisierung des Wassers geführt.

Übersetzung aus dem Griechischen: Katerina Anastasiou.

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (05.05.2010)

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (07.12.2009)

Denn vor allen Dingen kann es keine Entwicklung geben, wenn es kein gesellschaftliches Eigentum gibt.

Die Goldförderung in Skouries hat sich zu einem zentralen Bestandteil des politischen Diskurses in Griechenland entwickelt. Die Regierung und der Premierminister des Landes haben sehr viel in dieses Projekt investiert und ihm ein hohes politisches Gewicht verliehen, obwohl die Einwohner der Region wegen der hohen Umweltbelastung heftigen Widerstand leisten. Inwieweit steht »Skouries« beispielhaft für das Entwicklungsmodell, dem diese Regierung anhängt?

IRO DIOTI: Ich glaube, die Regierung ist eine würdige Vertreterin dieses Modells. Das ist in konzentrierter Form genau das, was diese Regierung, so wie ihre Vorgängerinnen, auf allen Ebenen zu tun versucht. Sie geben auf der politischen Ebene diesem Unternehmen, das die Goldminen betreibt, und den Unternehmen der Region im Allgemeinen die volle Rückendeckung. Sie verabschieden laufend Gesetze, die diesen Unternehmen zugute kommen. Und das sind nicht nur Gesetze, die ihnen das Geschäft erleichtern, sondern auch Gesetze, die die Unternehmen von allen Verpflichtungen befreien, die Umweltschäden, die sie verursachen, zu beheben. Die Investition war für den griechischen Staat außerdem ein bedeutender Verlust, da ein riesiges Grundstück und ein unberührter Wald weit unter ihrem Wert an das besagte Unternehmen verkauft wurden, was auch von der Europäischen Union angemahnt worden ist. Das bedeutet also, dass der Regierung eine Form der Entwicklung vorschwebt, in der dogmatisch festgelegt ist, dass man die Krise als Investitionsgelegenheit nutzt.

In diesem Plan bedeuten Investitionen die Ausplünderung der öffentlichen Güter und des staatlichen Eigentums durch Investoren, wobei diese natürlich mit den Regierungen eng verknüpft sind. Und das mit dem Ziel, die Gewinne der Unternehmer auf Kosten der griechischen Gesellschaft zu steigern. Die Bevölkerung weiß das und sieht das, und deshalb richtet sich ihr Widerstand nicht nur gegen die Umweltzerstörung. In Chalkidiki fordert man das Selbstverständli- ⇆

IRO DIOTI, geboren in Athen 1979 geboren und in Larissa aufgewaschen. Hat ihr Diplom für Internationale und Europäische Ökonomie und Politologie an der Universität von Saloniki gemacht. Arbeitet im privaten Sektor. Wurde das erste Mal im Oktober 2009 auf der Liste der SYRIZA ins Parlament gewählt, und 2012 wiedergewählt. Mitglied des parlamentarischen Umwelt- und Wasser-Schutz-Ausschusses, Mitglied des ZK der SYRIZA und Leiterin des Umwelt-Komitees der Partei.

che: Menschenwürdige Lebensverhältnisse, in denen sie selbst, und nicht die Unternehmen, über ihr Leben bestimmen, Lebensqualität, ein anderes Entwicklungskonzept für ihre Region – und dafür haben sie konkrete Vorschläge. So gehört sich das auch!

Die Regierung will einen Großteil der staatlichen Unternehmen privatisieren. Darunter befinden sich auch die Wasserversorgungen für Athen und Thessaloniki (EYDAP und EYATH). In Thessaloniki gibt es einen breiten Widerstand der Gemeinden und Bürger. Was ist das Besondere an den Privatisierungsplänen für die Wasserversorgung?
IRO DIOTI: Ein besonderes Merkmal ist zum Beispiel die Tatsache, dass das Wasser ein öffentliches Gut ist. Es ist absolut lebensnotwendig, es bestimmt unsere Lebensqualität, unsere Ernährung hängt davon ab und unser ganzes Leben überhaupt. Es ist ein öffentliches Gut, zu dem jede und jeder freien Zugang haben muss. Es geht nicht, dass irgendeine Firma es sich aneignet. Wie die internationale Erfahrung zeigt, wird eine Privatisierung die Qualität der Infrastruktur und des Wassers selbst massiv verschlechtern, und die Kosten werden steigen. Das ist auch eine ideologische Frage. Es darf nicht hingenommen werden, dass öffentliche Güter privatisiert werden. Der Kampf gegen die Privatisierung des Wassers sollte sich zu einem zentralen Thema entwickeln. Ich weiß allerdings nicht, ob das jetzt möglich ist, denn aus irgendeinem Grund halten die Leute das Wasser immer noch für billig und leicht verfügbar. Deshalb muss es eine Kampagne geben, die über die Folgen der Privatisierung informiert. Zusätzlich müssen sich alle Initiativen und Kollektive, die diese Meinung teilen, an die Spitze der Bewegung stellen und einen landesweiten Kampf führen. Es geht nicht nur um Athen und Thessaloniki, es geht auch um die Wasserversorgung der Inseln. Und dann kommt das ganze Land. Es hat in Europa große Kämpfe zu diesem Thema gegeben. So zum Beispiel das Referendum, das die italienische Bewegung durchsetzen konnte, und bei dem ein NEIN zur Wasserprivatisierung erreicht wurde. Wir, als Bewegung, sollten ebenfalls darüber diskutieren, welcher Weg der bessere ist, oder auf welche Weise dieser Kampf auch hier geführt werden kann, denn wir müssen ihn gewinnen.

Die Realität zeigt, dass im Namen der Krise alle möglichen Bedenken bezüglich der Umwelt über Bord geworfen werden. Hat sich die Landschaft seit dem Abschluss des Memorandums verändert?
IRO DIOTI: Sie sind nicht zimperlich. Sie sind drauf und dran, ein Land zu zerstören und auszuplündern. Das hat auf jeden Fall auch etwas mit der Umwelt zu tun. Es gab in der Verfassung einmal Umweltschutzbestimmungen. Die waren zwar auch bei weitem nicht ausreichend, aber jetzt wollen sie sogar diese abschaffen. Bis jetzt ist es verboten, verbrannten Waldboden zu nutzen, in Küstengegenden, Naturschutzgebieten usw. Rohstoffe zu fördern. Aber seit Papakostantinou Minister ist, werden diese Gesetze abgeschafft. Das spiegelt sich auch im Entwicklungsgesetz wider, das unlängst im Parlament diskutiert wurde. Was die Regierungsabgeordneten in den Debatten von sich geben, ist unglaublich. Sie wollen uns überzeugen, dass beispielsweise die Umwelt ein irrelevantes Detail ist, wenn es darum geht, die Krise zu bewältigen – was mit dieser Politik natürlich niemals gelingen wird –, während sie versuchen, jeden lächerlich zu machen, der offen als Umweltschützer auftritt. Und es wird versucht, mit dieser Ideologie die ganze griechische Gesellschaft zu beherrschen. Wir werden uns widersetzen, wo wir nur können, weil diese Theorie und die dazugehörige Praxis mittlerweile raubtierhafte Züge annehmen. Denn vor allen Dingen kann es keine Entwicklung geben, wenn es kein gesellschaftliches Eigentum gibt. Wenn alles privatisiert wird, wie sie es gerade mit TAIPED versuchen, dem griechisches Äquivalent der Treuhandanstalt, gibt es keine Zukunft für die griechische Gesellschaft und die Mittel, die sie hätte, um die Krise zu überwinden, werden ihr genommen. ⇆

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (29.06.2011)

ΑΥΤΥΝΟΜΙΑ
POLICE

SYRIZA redet von der Notwendigkeit, die Industrie wieder aufzubauen. Dazu gehört normalerweise auch eine gewisse Umweltbelastung. Wie wollt ihr euch davor schützen?

IRO DIOTI: Der Wiederaufbau der Industrie ist eine ganz komplexe Angelegenheit und alles hängt davon ab, wovon genau man redet. Es geht nicht unbedingt darum, Riesenprojekte aufzuziehen oder den Bau von Fabriken zu deregulieren. Wir sind ja nicht im Krieg. Um sowohl öffentliche Güter als auch einen grundlegenden Schutz in den Gebieten, die ihn brauchen, zu haben, brauchen wir strenge Kontrollen und Strafen, wenn die Richtlinien verletzt werden. Aber das ist alles realisierbar, man braucht nur den politischen Willen. Der Wiederaufbau unserer Industrie geht für uns über den Schutz unserer Umwelt. Wenn wir die Vorteile bedenken, die die Landwirtschaft und der Tourismus unserem Land bringen, wie können wir da die Umwelt ignorieren? SYRIZA hat viele Vorschläge gebracht, immerhin ein mäßiges Wachstum zu schaffen und dabei die Menschen, die Schönheit dieses Landes, unsere Lebensqualität und so weiter zu respektieren. Denn die Lebensqualität, die uns jetzt genommen wird, gründet sich auf gesellschaftliches Einkommen, wie auch der Zugang zum öffentlichen Dienst, zur Natur, zu Gesundheit und Bildung. Darin besteht unser indirekter Reichtum, und in diesem Zusammenhang sehen wir die Rekonstruktion unserer Industrie. Es geht auch darum, die Gesundheit der Bürger zu schützen, indem wir auf die Umwelt und das Meerwasser achten. Das ist nicht schwer. Das machen viele Länder, ohne dabei sozialistisch zu sein. Das widerspricht dem Wiederaufbau der Industrie überhaupt nicht. ◊

Programm für zehn Tage, für zehn Monate und für zehn Jahre

Fast hätte es SYRIZA geschafft, bei den letzten griechischen Paramentwahlen stärkste Partei zu werden. Die Chance, es bei der nächsten Wahl zu schaffen, ist intakt. Die Volksstimme wollte wissen, was wäre, wenn SYRIZA in die Lage versetzt wird, die Regierungsmacht auszuüben.
Hier die Antwort von GIORGOS CHONDROS.

EINE LINKE Regierung, eine SYRIZA-Regierung muss ein Programm für zehn Tage, für zehn Monate und für zehn Jahre haben. Mit anderen Worten: Es müssen die akuten Probleme der Gesellschaft gelöst werden, die Fundamente für große Einschnitte und Reformen gelegt und gleichzeitig die Zukunftsvision für eine andere Gesellschaft entwickelt werden.

Annulierung des Memorandums

Über den ersten Akt einer SYRIZA-Regierung gibt es keinen Zweifel: die Annullierung des Memorandums. Damit würde der katastrophalen Sparpolitik ein Ende gesetzt. Gleichzeitig müssen Maßnahmen gegen die humanitäre Krise gesetzt werden. Unter anderem meinen wir die Wiedereinführung des Mindestlohns, den Zugang zu medizinischer und pharmazeutischer Versorgung für die Bevölkerung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Parallel muss die staatliche Arbeitsweise geändert werden, etwa die öffentliche Investitionspolitik – welche Investitionen wollen wir, und wie verwirklichen wir sie; erste Schritte eines produktiven Wiederaufbaus der Wirtschaft müssen gegangen, der Sinn für Gerechtigkeit wiederhergestellt werden.

Wir alle wissen, dass wir eine »Roadmap«, einen für die Verwirklichung eines alternativen Gesellschaftsmodells brauchen. Nur so kann SYRIZA die Unterstützung und das Vertrauen breiter Bevölkerungsschichten gewinnen, die Voraussetzung sind einerseits für den Erfolg der linken Regierung, und anderseits das Signal, dass wir eine neue Art der Organisation der Gesellschaft durchsetzen wollen.

Wir sind uns im Klaren, wie groß die Schwierigkeiten sein werden und vor allem über das Ausmaß der Konflikte, die auszufechten sind. Wir wollen alles unternehmen, um diese Konflikte gemeinsam mit dem Volk erfolgreich zu lösen. Wir wollen nicht zu einer Situation zurück, in der das Land vor der Krise und während des Memorandums war, sondern wir wollen einen völlig neuen Weg gehen auf der Grundlage der sozialen Interessen und Bedürfnisse der Menschen. Dieser Plan kann nur mit der vollen Unterstützung des Volkes verwirklicht werden. Eine Unterstützung, die nicht unbedingt der Regierung gilt, sondern vielmehr all den notwendigen Änderungen, die uns aus der heutigen Krise führen werden.

Partizipation

Wir verpflichten uns, dass die linke Regierung dem Volk alle institutionellen Mittel bereit stellen wird, um alle Maßnahmen unter demokratischer Beteiligung und Kontrolle durchzuführen. Gerade jetzt, wo nach der Schliessung des staatlichen Rundfunks noch deutlicher wird, dass das größte Opfer der Systemkrise die Demokratie selbst ist. Gerade jetzt, wo die Eliten in Griechenland immer öfter auf die Unterstützung der neofaschistischen Partei »Goldene Morgenröte« zurückgreifen.

Wir sind uns auch im Klaren, dass eine linke Regierung von Beginn an einer Vielzahl von Erpressungen und Bedrohungen durch die Kreditgeber ausgesetzt sein wird, damit sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Wir sehen drei wichtige Voraussetzungen für harte, aber erfolgreiche Verhandlungen und Konfrontationen mit den heutigen europäischen Eliten:

Erstens: Die Regierung, die diesen Prozess leiten wird, muss entschlossen und siegessicher sein.

Zweitens: Auch das Volk, die Mehrheit des Volkes muss entschlossen sein und mit voller Kraft diese Bemühungen der linken Regierung unterstützen.

Drittens: Es müssen entsprechende Allianzen geschmiedet werden, damit ein positives politisches Kräfteverhältnis erreicht wird – im Land und auch außerhalb. Alle Völker, alle Beschäftigten, die unter denselben harten Sparprogrammen leben, müs- ⇆

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (29.06.2011)

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (16.06.2013)

sen zusammenstehen und zusammen kämpfen.

Nach der »Lösung« für Zypern wird wieder das generelle Problem des Euro oder anderer Währungen in Europa an die Oberfläche der Diskussionen gespült. Dazu stellen wir fest:

Die Währungsfrage steht nicht im Mittelpunkt unserer Politik. Die Hauptfrage lautet nach unserem Verständnis nicht, in welcher Währung wir die Sparpolitik erleiden, sondern ob wir überhaupt eine Sparpolitik haben werden. Unser Hauptanliegen ist also, die Sparpolitik abzuwehren.

Kein Opfer für den Euro,
keine Illusion in die Drachme

Unser Ziel ist, Griechenland innerhalb der Eurozone zu retten. Um das zu erreichen, muss zusammen mit anderen europäischen Völkern die neoliberale Doktrin der Sparpolitik gekippt werden, was auch den Umbau der heutigen Architektur der Eurozone bedeutet.

Es ist nicht unser Ziel, den Euro in Griechenland zu retten, koste es, was es wolle. Wir wollen nicht unsere Gesellschaft, unsere Menschen opfern, um den Euro zu retten, die neoliberale Sparpolitik der unter deutscher Hegemonie stehenden europäischen Eliten zu stützen. Alle Opfer zur Rettung des Euro zu bringen, das ist die Absicht der griechischen Regierung, der wir uns eben nicht anschließen. Kurz gefasst, meinen wir: Kein Opfer für den Euro, keine Illusion in die Drachme.

Wir haben einen Plan der starken Verhandlungen mit allen, für die Rettung unserer Gesellschaft. Diesen Plan teilen wir mit den Völkern des Südens, aber auch mit den arbeitenden Menschen im Norden. Für uns ist der Austritt aus der Eurozone keine Option, jedoch sollen wir – und werden wir – auf jeden Fall vorbereitet sein. Wir wollen, dass die Völker in einer gemeinsamen Front stehen, um die Katastrophe zu vermeiden. Anders gesagt: Wir befinden uns inmitten eines erbitterten Kampfes, der sowohl geostrategischen als auch monetären Charakter hat. Der geht aber nicht nur Griechenland an. Unser Ziel ist also, diesen Kampf zu gewinnen – und nicht einen Ausweg zu suchen für den Fall der Niederlage.

Die nationale Isolierung ist für uns keine Alternative. Die Änderung des Kräfteverhältnisses in jedem einzelnem Land und die Koordinierung des Kampfes für ein demokratisches, ökologisches und soziales Europa ohne monetäre Zwänge – das ist unser Ziel. Dafür kämpfen wir in Zusammenarbeit mit allen Bewegungen und politischen Kräften der radikalen Linken in ganz Europa, mit der Europäischen Linken und mit der GUE (European United Left/Nordic Green Left).

Wir sind uns im Klaren, dass wir mit unserem Umbruch nicht warten können, bis sich das Kräfteverhältnis europaweit geändert hat. Wir behaupten, dass unser nationales und internationales Vorhaben und unser erfolgreiches Vorgehen der wichtigste Beitrag zu den notwendigen Änderungen und der Neugründung Europas sein können. Gemeinsam werden wir siegen. ◊

GIROGOS CHONDROS ist SYRIZA-Verantwortlicher für den Aufbau der Solidarität mit Griechenland in den deutschsprachigen Ländern.

FOTO: MATHIOUDAKIS VASSILEIOS (21.07.2004)

MICHAEL SCHARANG

Die Arbeitslosigkeit steigt

Michael Scharang

Die Arbeitslosigkeit steigt, sie steigt die Stufen hinauf in den ersten Stock, klopft bei Frau Uhlir an die Tür, es ist niemand zu Haus. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter die Stufen hinauf, im zweiten Stock klopft sie bei Herrn Kaier an die Tür, sie will ihm mitteilen, daß er die Arbeit verloren hat, es ist niemand zu Haus. Also steigt sie weiter die Stufen hinauf, sie klopft bei Frau Danic, niemand öffnet.

Die Arbeitslosigkeit lächelt verständnisvoll. Sie versteht, daß die Menschen nicht hören wollen, daß sie die Arbeit verloren haben. Sie versteht aber nicht, daß die Menschen nicht verstehen, daß sie, die Arbeitslosigkeit, nicht schuld an der Arbeitslosigkeit ist. Man wirft schließlich auch der Krankheit nicht vor, schuld an der Krankheit zu sein.

Also steigt die Arbeitslosigkeit weiter die Stufen hinauf und gelangt auf das flache Dach des Hauses. Dort wohnt niemand. Wie schön, sagt die Arbeitslosigkeit zu sich, setzt sich auf den Boden und ist entzückt von der Aussicht auf die Stadt. Frau Uhlir, Herr Kaier und Frau Danic, die sich aus Angst hinter einem Kamin versteckt haben, schleichen sich an die Arbeitslosigkeit heran, packen sie und werfen sie vom Dach. Glücklich laufen sie die Stufen hinunter.

Als sie aus dem Haus treten, steht die Arbeitslosigkeit vor ihnen und teilt ihnen mit, daß sie die Arbeit verloren haben. Die drei sind entsetzt, daß die Arbeitslosigkeit den Absturz unversehrt überstanden hat. Ich bin nicht umzubringen, sagt sie, nicht in dieser Gesellschaft. Wenn ihr mich loswerden wollt, müßt ihr vorher diese Gesellschaft loswerden. Das aber ist zum Glück nicht mein Problem. Und sie geht ins nächste Haus und setzt ihre Arbeit fort.

FILM

Meine keine Familie

BÄRBEL DANNEBERG **über den mit dem Wiener Filmpreis ausgezeichntenen Dokumentarfilm von Paul-Julien Robert.**

DER SENSIBLE Versuch des Filmemachers Paul-Julien Robert, seiner Kindheit am Friedrichshof nachzuspüren, hat mich auf eigenartige Weise ziemlich überrascht und bewegt. Weder bitter noch zynisch, sondern auf eine sehr feine, jedoch beharrliche Art nähert sich der Filmemacher seiner Mutter und ihrer sowie seiner eigenen Vergangenheit in der Mühl-Kommune. Er klagt nicht an, obwohl jede seiner Fragen dazu hätte verleiten können, sondern er ist ganz einfach vordergründig neugierig: »Was hast du dort eigentlich gesucht«, fragt Robert seine Mutter. »Freiheit, freie Sexualität«, antwortet die heute etwa siebzigjährige Frau nachdenklich.

Archivschätze

Paul-Julien Robert wollte zunächst nur einen Kurzfilm drehen. Motiv war für ihn als eines der Kinder, die in »freier Liebe« in der Mühl-Kommune gezeugt wurden, seinen leiblichen Vater ausfindig zu machen. Konfrontiert mit einer unglaublichen Fülle an Archivmaterial zog es ihn jedoch immer tiefer in die Friedrichshof-Materie. Stundenlang sichtete er Filme und Fotos, er begegnete sich selbst als blondem Knaben in Gemeinschaft mit anderen Kindern, er zog den Bildradius enger um mögliche Väter, vor allem aber richtete er den Fokus auf seine Mutter, die als junge Frau aus der Schweiz kam,

Paul-Julien Robert

um am Friedrichshof ein Leben in Gemeinschaft ohne Zwänge zu suchen.

Diese Bilder-Suche ermöglicht einen intensiven Blick auf Erwartungen, Wünsche, Kommune-Praxen und nicht eingelöste Heilsversprechen, die im Kollektiv-Experiment rund um den Aktionskünstler Otto Mühl entstanden waren. So etwa zeigen Ausschnitte aus den seit Mai 1974 produzierten AA-Kommune-Nachrichten die Ansprüche an ein Leben ohne Zweierbeziehung, Konkurrenz, Privateigentum und Angst auf, denen sich die rund 500 Kinder und Erwachsenen dieser Gemeinschaft verschrieben hatten. Gleichzeitig enthüllen die Filme von den »Aktionsanalysen« und Selbstdarstellungen ein unglaubliches Maß an Gewalt und Erniedrigung. So etwa sehen wir eine Szene, in welcher ein Bub, der nicht vor versammelter Kommune-Belegschaft singen wollte, von Otto Mühl durch Wasserübergießen dazu gezwungen werden sollte. Oder die Szene, in der kleine Mädchen wegen ihrer Kleidung in Konkurrenz zueinander gebracht werden, was Mühl süffisant mit »ein paar weinen schon ...« kommentiert.

Gleichzeitig aber sehen wir Bilder, die eine fröhliche, ungezwungene Kinderschar zeigen, Szenen, in denen Erwachsene sich liebevoll um alle Kinder kümmern, auch die Männer, denn schließlich hat keiner gewusst, ob er nicht vielleicht der leibliche Vater des jeweiligen Kindes ist. In der Anfangseinstellung plantscht ein kleiner blonder Bub mit seiner Mutter ungezwungen in der Badewanne. Das Kind ist der Filmemacher.

Vatersuche

Der Ausgangspunkt des Films, die Suche des leiblichen Vaters, führt Paul-Julien Robert immer intensiver in den Friedrichshof-Alltag und letztlich immer näher hin zu seiner Mutter. Der erste vermeintliche Vater hatte, noch in der Kommune-Gemeinschaft lebend, dort Selbstmord begangen. Das wurde, so Robert, von den KommunardInnen nie richtig reflektiert. Als sich Anfang der neunziger Jahre durch die Vaterschaftstests herausstellte, dass dieser Mann nicht Roberts Vater sein konnte, fand er seinen leiblichen Vater letztlich im Ausland. Als Erwachsener verbindet ihn heute Zuneigung zu ihm und seiner neugegründeten Familie mit den Halbgeschwistern. ⇆

FOTO: WWW.MEINEKEINEFAMILIE.AT

In der intensiven Befragung der Mutter bleiben all die medial abgefeierten Geschichten über Kindesmissbrauch, Gewalt, Hierarchie oder Zwangsbeglückung eher im Hintergrund. In einem Interview mit der »StadtkinoZeitung« meint der Filmemacher: »Ich hatte das Glück, dass die Kommune zu Ende war, bevor ich in die Pubertät kam, das heißt, ich wurde nicht in die ›freie Sexualität‹ eingeführt. Jean jedoch, einer meiner Protagonisten, hat sich bereit erklärt, über seinen sexuellen Missbrauch zu reden. Es ist wohl deshalb kein zentrales Thema im Film geworden, weil ich es nicht selbst erlebt habe.«

Und so bleibt die fast zärtliche Annäherung des Sohnes an die Gefühls- und Gedankenwelt seiner Mutter, die während ihrer Kommune-Zeit sehr oft zum Geldverdienen in die Schweiz geschickt wurde und den Buben der Gemeinschaft überließ, denn das Leben am Friedrichshof musste finanziert werden. Auf die Fragen ihres Sohnes gibt sie aus der Distanz der Kamera und der Zeit heraus berührend ehrlich, manchmal auch unreflektiert Antwort. Eine solche Offenheit setzt ein großes gegenseitiges Vertrauen voraus.

Was bleibt?

Als ich 1992 für eine Reportage auf den Friedrichshof zur Restkommune-Gemeinschaft fuhr, habe ich geschrieben: »›Der Geschmack an

alternativen Formen des Zusammenlebens ist fast allen ehemaligen Mitgliedern ein für alle Mal vergangen‹, meint Andreas Schlothauer, ehemaliges Kommune-Mitglied und eifriger Dekonstrukteur jenes Mühlschen Gedankengebäudes, dem selbst ranghohe Politiker wie Bruno Kreisky oder Theodor Kery etwas abgewinnen konnten. (...) Um diese Frage, die bei den Prozessen und in den Medien nicht wirklich gestellt wurden, geht es: Liegt das Kommune-Desaster bereits in der Idee oder in der fehlenden demokratischen Kontrolle eines zum Popanz aufgebauten Künstlers begründet, dem als unumstrittenen Führer die ›entartete‹ Gunst eines ganzen Friedrichs-Hofstaates zugeflogen ist? Oder in der mangelnden Ethik, in der Unfähigkeit aller Beteiligten, Ernst und Spiel, Realität und Fiktion auseinanderhalten zu können und Verantwortung füreinander, insbesondere für die Kinder, zu übernehmen?«[1]

Ich denke heute, es ist wohl vor allem das patriarchale Prinzip, das im Kommune-Experiment nicht in Frage gestellt wurde, auch wenn manche Ex-Kommunarden verklärt von Matriarchat reden.

Das Fazit von Robert: »Ich hatte eigentlich von meiner Kindheit an das Gefühl, dass ich meiner Mutter nichts vorzuwerfen habe, dass sie das Beste gemacht hat und geglaubt hat, es sei gut. Bis ich mir dann irgendwann die Frage gestellt habe, ob sie mich mal gefragt hat, wie es mir geht ...« Geblieben ist dem Filmemacher die Verbundenheit zu anderen Kommune-Kindern, die auch in dem Film zu Wort kommen, und das Gefühl, eine große »keine Familie« zu haben. Gelungen ist ihm ein großartiger Film. ◊

Paul-Julien Robert: Meine keine Familie, Österreich 2012

1 In: Danneberg/Keller/ Machalicky/Mende: Die 68er – eine Generation und ihr Erbe, Döcker Verlag 1998

FOTO: WWW.MEINEKEINEFAMILIE.AT

WIENER FESTWOCHEN-PROJEKT

Marthaler springt leider nicht …

Ein Projekt der Wiener Festwochen, das Spannung versprach, hat sich als musikalisch ambitioniert untermalter Rohrkrepierer entpuppt, meint LUTZ HOLZINGER.

2014 JÄHRT sich zum 100. Mal der Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Am Vorabend dieses Datums erarbeitet Christoph Marthaler mit Sängern, Schauspielern und Instrumentalisten ein außergewöhnliches Musik-Theaterprojekt im historischen Sitzungssaal des Österreichischen Parlaments, das sich thematisch und politisch mit jener Zeit und ihren Folgen auseinandersetzt, mit dem damaligen und dem gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in Europa. Ideologisch wie tagespolitisch braute sich bereits in den Jahren vor 1914 zusammen, was bald darauf in zwei Weltkriege und den Holocaust mündete.

Das Projekt ist deshalb der aus Wien und Nazideutschland vertriebenen Musik gewidmet, der Musik der Opfer: Einige Kompositionen sind im Konzentrationslager entstanden. Der Musiker Uli Fussenegger vom Klangforum Wien hat diese Werke gesammelt und bearbeitet. Derzeit erleben wir in Europa viel Rückbesinnung auf nationale Partikularinteressen: Nationalistische und rassistische Aufrüstung zur Verteidigung alter Besitzverhältnisse sind oft populärer als ein transnationales Projekt des aufgeklärten europäischen Bürgers. Marthaler setzt die heutigen Stimmungen und Debatten in ihre historischen Kontexte, springt aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg und dem vielsprachig-chaotischen Abgeordnetenhaus der Donaumonarchie durch die nähere und fernere Zukunft bis in unsere Gegenwart.

Mit diesem Text haben die Wiener Festwochen für den Beitrag von Christoph Marthaler geworben, der als Regisseur zu den Stammgästen der hoch dotierten Veranstaltung zählt.

Enttäuschte Erwartungen

Die Propaganda für die Inszenierung mit dem an Karl Kraus »Letzte Tage der Menschheit« erinnernden Titel »Letzte Tage« versprach weit mehr als die Aufführung hielt. Die Musik primär aus der Werkstatt jüdischer Komponisten mit KZ- oder Exil-Schicksal wird zwar souverän dargeboten, die Erwartung allerdings enttäuscht, mit einer wirkungsvollen Collage rassistischer Sündenfälle aus Vergangenheit und Gegenwart konfrontiert zu werden.

Marthalers Theatertruppe durfte zwar den historischen Reichsratssaal bespielen, belässt es jedoch dabei, die SchauspielerInnen inkommensurabel herumagieren zu lassen und dann und wann akustisch schwer verständlich Originaltexte zu verlesen. Die Anknüpfung an die Gegenwart erfolgt wenig originell, indem z. B. ein Akteur mit ungarischem Akzent spricht.

Im Programmheft wird auf die Badeni-Krise des Jahres 1897 verwiesen. Der gleichnamige Ministerpräsident forcierte eine Gesetzesvorlage zur Gleichstellung des Tschechischen mit dem Deutschen, um die Einheit dieser cisleithanischen Reichshälfte zu stärken. Mit dem Erfolg, dass er nach gemeinsam von Deutschnationalen und deutschsprachiger Sozialdemokratie geschürten Massenprotesten aus dem Amt gejagt wurde. Davon ist in der Inszenierung nichts zu hören; es fehlt eine konsistente Textgrundlage.

In den letzten 60 der 140 Minuten langen Inszenierung war von den SchauspielerInnen gar nichts mehr zu hören, wenn man von einigen Gesangseinlagen absieht. Nicht einmal der Ort der Inszenierung wurde genützt. Der Bühnenbildner hat einige Kariatyden an der Rückseite des Plenarsaals mit Plastikplanen und Pressspanplatten verhüllt und die Schauspieler vom Publikum mit Plastikbändern getrennt.

Schweigen über Gage

Marthalers Stargage – die Wiener Festwochen schwiegen über die Kosten der Inszenierung und das Regiehonorar – steht in keinem Vergleich zu dem Bettel, der in Wien für die gesamte freie Theaterszene aufgewendet wird. Die Intendanz lädt ohne ersichtliches Erfolgskriterium immer wieder dieselben »Stammgäste« ein und ödet damit anspruchvolleres Publikum an. Schuld an diesen Zuständen sind auch die Wiener Zuschauer. Sie haben auch in diesem Fall nicht gezögert, sich mit stürmischem Applaus dafür zu belohnen, in einer öden Inszenierung bis zum Schluss sitzen geblieben zu sein. ◊

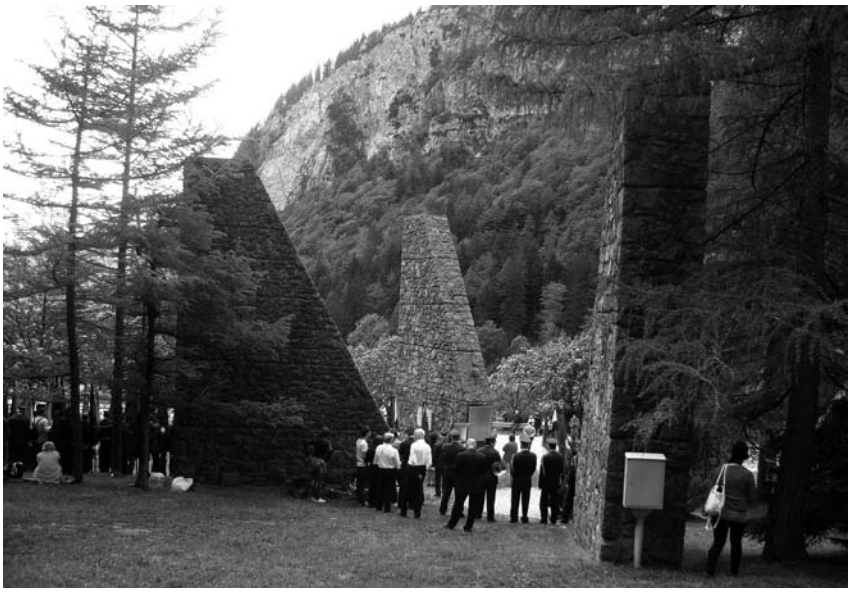
TOPRUBRIK

Eine Baustelle als KZ

Jeder Euphemismus hat seine Abgründe, so auch der Loibl, aus dem Slowenischen »Ljubelj«, der Liebliche. Ein Hinweis von SISSI RAUSCH **auf einen Tunnel, dessen Entstehungsgeschichte Formen annimmt.**

WAHRSCHEINLICH FORDERTE der Übergang in den Karawanken schon in der Römerzeit und im Mittelalter seine Opfer. Aber mit dem Überfall der Nazis auf Jugoslawien wurde die Gegend zu einer bizarren Zwangsarbeits- und Mordanstalt. Nach der Angliederung »Oberkrains« (Gorenjsko) ans »Reich« wurde die ganze Gegend und die Bevölkerung mit einem ausgetüfteteln Germanisierungsprogramm bearbeitet, unter Einschluss von Deportation – an die 70.000, darunter rund 20.000 Kinder, wurden vor allem ins »Reich« verbracht – und Terror. Chef der Zivilverwaltung war Gauleiter Rainer, dem auch die mit Kärntner Nazi-Funktionären besetzten Besatzungsbehörden der Region unterstanden.

Da ein schnellerer Weg von Norden an die Adria gefragt war, stand auch der Bau eines Tunnels auf dem Plan, auf der Prioritätenliste ganz oben. Ab Juni 1943 wurde mit dem Bau auf beiden Seiten der nunmehr aufgelösten Grenze begonnen, und regelmäßige »Häftlingslieferungen« aus Mauthausen trafen vor Ort ein. Das waren die höchstgelegenen Außenlager von Mauthausen, auf ca. tausend Meter Höhe. Das Nordlager auf der Kärntner Seite lag abgeschieden, »im Schat-



LINKS Bild eines jugendlichen Häftlings von Manfred Bockelmann, vom Künstler dem Mauthausen-Komitee Kärnten/Koroška gespendet. Befestigt auf einem Holzgestell, das einen Wachturm des Lagers symbolisiert. OBEN Die Gedenkstätte auf slowenischer Seite. FOTO: SR

ten«. Die klimatischen Bedingungen im Herbst und Winter kann man sich schwer vorstellen. Im heurigen Winter fielen in der Gegend gemessene 8,5 Meter Schnee. Die Häftlinge hatten fast keine Kleidung bis auf ihr gestreiftes Gewand, keine Heizung etc. In beiden Lagern kamen vierzig Häftlinge zu Tode, auf der Nordseite wurden sie unter freiem Himmel verbrannt, auf der Südseite gab es ein Krematorium. Im April 1945 wurde das Lager Nord aufgelöst, ein Teil der Häftlinge wurde ins Lager Süd verlegt. Zum Kriegsende befanden sich dort noch an die tausend von ihnen; sie wurden von den jugoslawischen Partisanen befreit, die anderen Alliierten hatten offensichtlich keinen Auftrag, sich um diese Angelegenheit zu kümmern.

Ein paar Tage nach dem 8. Mai 45 wurde der Loibl-Tunnel mit Brettern und Stacheldraht verbarrikadiert, und auch der höher gelegene alte Grenzübergang auf der Passhöhe wurde gesperrt. Das blieb so bis ins Jahr 1950. Von Österreich und Jugoslawien wurde gegen den Kärntner Widerwillen der Tunnel adaptiert und 1964 für den Verkehr freigegeben.

Zu jugoslawischer Zeit wurden in Slowenien die NS-Tatorte zu Gedenkstätten. 1995 wurde das heutige *Mauthausen-Komitee Kärnten/Koroška* unter Federführung von Prof. Dr. Peter Gstettner gegründet und mit der Bearbeitung der vorhandenen Informationen und Öffentlichkeitsarbeit begonnen. Publikationen, eine Wanderausstellung und Info-Tafeln vor Ort folgten. Am 10. Juni 1995 wurden im Beisein des damaligen Innenministers und des Landeshauptmannes auf österreichischer und slowenischer Seite Kränze niedergelegt.

2008 wurde das Lagergelände vom österreichischen Innenministerium gepachtet, womit die rechtlichen Voraussetzungen für die Planung einer Gedenkstätte gegeben waren. Freilegungs- und Sondierungsarbeiten wurden durch das Bundesdenkmalamt durchgeführt. 2009 wurde »gerodet«, da die Zeit nicht nur Gras, sondern einen Wald über das Lager hatte wachsen lassen. 2011 wurden zwei viersprachige Tafeln aufgestellt. Weitere Freilegungsarbeiten förderten Grundmauern und Artefakte zutage. Viele Schülerinnen und Schüler waren und sind bei der Freilegung und Bearbeitung dieses Erdstücks und der Geschichte beteiligt.

Diese Art der aktiven Erinnerungspolitik ist ein Beitrag gegen die »Verniemandung«, der undenkbar gewesen wäre ohne persönliches Engagement, das nicht auf den Auftrag gewartet hatte von amtlicher Seite; von dort wäre er nie gekommen.

ZITIERT

Der Tunnel

Der ehemalige Häftling ANDRE LACAZE **beschreibt seine Erlebnisse in Romanform. Das Buch wurde in Frankreich zum Bestseller und mit dem »Prix des Maisons de la Presse« ausgezeichnet und verfilmt.**

LITERATUR ZUM THEMA:

- Janko Tišler, Christian Tessier, Das Loibl-KZ (*Tagebuchaufzeichnungen des zivilen Zwangsarbeiters Janko Tišler über das Schicksal der rund 1.800 Häftlinge, in überwiegender Zahl französische »Politische«.*)
- Peter Gstettner, Erinnern an das Vergessen. Gedenkstättenpädagogik und Bildungspolitik.
- Folder zur »Ausstellung über die Deportation der Slowenen und die Gewalt gegenüber anderen slawischen Völkern während des Zweiten Weltkriegs«. Hgg. vom Društvo izgnancev Slovenije 1941–1945.
- Rainer Adamik, Der Loibl von der Römerzeit bis heute.

DIE MÄNNER des Kommandos X brauchten zehn Tage, um zu erfahren, wofür sie in diese gottverlassene Gegend gekommen waren. Die SS erwartete von ihnen, daß sie in die Karawanken, die natürliche Grenze zwischen dem dem Reich angeschlossenen Österreich und dem besetzten Jugoslawien, einen Straßentunnel von etwa zwei Kilometern trieben. Nicht mehr und nicht weniger. Alle deutschen Arbeiter mußten anscheinend unabkömmlich sein, wenn man einer ungelernten Mannschaft von Gerippen eine strategisch so wichtige Aufgabe anvertraute. Ein Werk, das eines Tages den Panzerdivisionen gestatten sollte, zu jeder Jahreszeit nach Triest und an die Adria vorzustoßen. Dieses Vertrauen, das die Nazis in die Männer des Kommandos X setzten, war unverständlich, aber es gab jetzt keinen Zweifel mehr, es handelte sich um einen Tunnel, einen richtigen Tunnel. Alles wies darauf hin: der große ausgebaute Platz am Berghang neben der Straße, die Baracke voller Dynamitstöcke und Preßluftbohrer, die Kisten mit Sprengstoff und der Kompressor, den ein Lastwagen herangebracht hatte. Schaufeln, Hacken und Hämmer lagen bereit.

Die Sträflinge warteten auf das, was kommen würde, aber die zehn bisherigen Tage hatten ihnen auf immer die Lust an der Arbeit in der Höhenluft ausgetrieben. Alle Mann, ohne Ausnahme, sehnten sich jetzt nach Mauthausen zurück. In diesem Scheißlager hier - Loiblpaß hieß die Hölle - gab es keine Anonymität. Warum prügelte man sie derartig und hungerte sie weiterhin aus?

In seiner strengen Logik sah Paulo nur eine Erklärung: Die Deutschen hatten es mit ihrem Tunnel eilig, und sie setzten alles daran, daß die Arbeit schnell vorwärtsging. Wer schlappmachte, konnte den Rhythmus nur verlangsamen - also weg damit! Der Kreislauf war sehr einfach: Tunnel, Revier, Mauthausen, Krematorium. Und in der anderen Richtung: Mauthausen, Tunnel, Revier usw... Ein Teufelskreis; man nimmt die gleichen und beginnt aufs neue. Die gleichen, das waren für die SS die kahlgeschorenen Gestalten in ihren gestreiften Anzügen. Die einzelne Nummer machte da wenig aus. Arbeiter gab es genug in Europa.

Aber selbst wenn man sterben wollte, wurde es einem nicht so einfach gemacht, denn um ins Revier zu gelangen, mußte man wirklich auf einer Bahre ankommen. Die Unglücklichen, die sich nach dem Appell mit Platzwunden auf dem Kopf präsentierten, wurden einfach ein bißchen vernäht und bekamen einen Papierverband umgelegt, bevor man sie wieder zur Arbeit schickte. Die Überempfindlichen jedoch, die ihre aufgesprungenen Lippen, eingeschlagenen Nasen oder ihre von den Hunden aufgerissenen Waden vorzeigten, wurden mit Peitschenhieben von dem diensthabenden Scharführer hinausgeworfen, dessen großes auf seiner Jacke aufgenähtes rotes Kreuz ihn als Krankenpfleger auswies.

Die Szenen, die sich seit zehn Tagen in der Talsohle des Loiblpasses abspielten, lassen sich nicht beschreiben. Nur eine in einem Felsenloch versteckte Kamera hätte diese kollektive Hysterie wiedergeben können, wo alles im Rhythmus eines alten Stummfilmes ablief. Da wurde gerannt, geschlagen, geschrien, und alles ging so schnell, daß ein gewissenhafter Regisseur es nie gewagt hätte, derartige Szenen zu drehen. Niemand hätte es ihm abgenommen. Vom Morgengrauen bis in die Nacht raste die aufgeschreckte Zebraherde, sowohl auf dem Arbeitsplatz als auch im Lager von knüppelschwingenden und brüllenden Ungeheuern verfolgt, durch die Gegend. Vierzehn Stunden hintereinander im Laufschritt, beladen mit schweren Steinen und Baumstämmen. Vierzehn Stunden mit Hacke und Schaufel in der Geschwindigkeit eines Trickfilms. Vierzehn Stunden verzweifelten Bemühens, sich den Kopf vor den Stockschlägen der Kapos und die Waden vor den Hunden zu schützen. Und um das Bild der Sträflingskolonie vollkommen zu machen, waren die abgemagerten Leiber von der in 1200 Meter Höhe besonders heißen Junisonne sehr braungebrannt. Wie in Cayenne, nur zehnmal schlimmer.

ANDRE LACAZE, DER TUNNEL, S. 54-55

BUCH

Anarchie. M(m)acht. Demokratie?

Eine kurze Reise durch die glorreiche Vielfalt anarchistischen Denkens und Wirkens. Eine Besprechung von ELISABETH PELZER.

IN EINER Welt der Konzentration von Reichtum und Macht in wenigen Händen, in der Politiker als Knallchargen des globalen Kapitals die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen regionalen Domäne sichern helfen, wächst auch der Widerstand. Großer Beliebtheit bei Wut- und MutbürgerInnen erfreuen sich Rufe nach mehr Demokratie unter der Markenbezeichnung Bürgerbeteiligung, Volksbefragung, Volksbegehren. Das ist die Fraktion, für die Demokratie hinter den Fabrikstoren, vor denen sie immer haltmachte, kein Thema ist.

Wohlstand für alle

Es gibt auch andere. Eine Vielzahl von Bewegungen hat nicht nur eine antikapitalistische Stoßrichtung, sondern versucht, sich auch mit anderen Formen der Entscheidungsfindung gegen das herrschende System zu stellen. Ob occupy oder action direct – keine der Bewegungen bezeichnet sich als Anarchisten oder anarchistisch, wenn sie auch in vielen Aspekten mit anarchistischen Prinzipien übereinstimmen. Die Vorsicht ist berechtigt, denn der Anarchismus war und ist ein Schreckgespenst.

Es lohnt sich, dieses Konzept genauer zu studieren und sich mit dem Herausgeber des Buches »Anarchistische Welten«, Ilija Trojanow, auf »Eine kurze Reise durch die glorreiche Vielfalt anarchistischen Denkens und Wirkens« zu begeben. Die Stationen dieser Reise bilden die Beiträge von vierzehn WissenschaftlerInnen aus den verschiedensten Wissensbereichen, KünstlerInnen, Journalisten, AutorInnen. Sie veranschaulichen die Definition, die Trojanow einleitend gibt: »Anarchismus ist ein Projekt, anhand radikaldemokratischer Prinzipien einen geeigneten gesellschaftlichen Rahmen für eine größtmögliche individuelle Freiheit zu schaffen, bei größtmöglicher Gleichheit und Gerechtigkeit« (S. 8). Schlüsselbegriffe anarchistischer Konzepte zur Gestaltung von Gesellschaft sind Herrschaftsfreiheit, Selbstbestimmung, »Wohlstand für alle« (Kropotkin) und – was dieses alte Konzept geradezu modern macht – work-in-progress.

Alternativen suchen

Das klingt gut und basisdemokratisch, ist jedoch unrealisierbar, lautet das Gegenargument selbst anti-kapitalistisch eingestellter Menschen, die Anarchie mit Chaos und Gewalt gleichsetzen und auf das Scheitern anarchistischer Experimente in der Geschichte hinweisen. Tatsächlich ist die Geschichte voll von Herrschern, großen Reichen und zentralen Machtapparaten. Gab es nichts Besseres? Soll es nichts Besseres geben? Doch!

Während der gesamten menschlichen Geschichte habe es egalitäre Gemeinschaftsformen gegeben, schreibt der Archäologe Douglas Port Park. Anhand selbstorganisierter Gesellschaften der Vorzeit zeigt er die Kontinuität von Selbstorganisation und Widerstand gegen Autorität. »Die Fähigkeit zur Bündelung von Einfluss und Kontrolle erleichtert es hierarchischen Gesellschaften zwar, schnell auf dramatische Ereignisse und Bedrohungen von außen zu reagieren ..., am Ende ist eine starke Hierarchie zuweilen unfähig, richtig zu begreifen, was für das Funktionieren der Gesellschaft als Ganzer notwendig ist, und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen« (S. 44).

Der Sozialwissenschaftler und Autor Thomas Wagner weist auf den sozialen Inhalt von Demokratie hin. »Eine Demokratisierung, die nicht nur formale Rechte beansprucht, ist deshalb nur möglich, wenn sich etwas an den hochkonzentrierten Eigentumsverhältnissen ändert« (S. 25). Und weiter: »Eine wirklich demokratische Gesellschaft erfordert daher kollektive Eigentumsformen« (S. 33).

Menschen, die Alternativen suchen, finden in diesem Buch eine Menge Denkanstöße und Anregungen zum Handeln unter dem Motto »Verändere die Welt – sie braucht es«. ◊

Ilija Trojanow (Hrsg.): Anarchistische Welten, Nautilus Verlag, Hamburg, 220 Seiten, EUR 16,50

PETER FLEISSNERS ABECEDARIUM

Mexico en directo

Dieses ABECEDARIUM ist anders als sonst: Die Einladung an eine der größten Universitäten Mexikos, das Instituto Politécnico Nacionál (IPN), ermöglicht dem Autor, diesmal über seine Erlebnisse während seines Aufenthalts in Mexico City zu berichten und dabei auch den historischen und aktuellen politisch-ökonomischen und kulturellen Hintergrund wiederzugeben.

TEXT UND FOTOS VON PETER FLEISSNER

DIE LUFTHANSA, die mich in einer Boeing 747 mit weiteren 343 Passagieren nach Mexiko fliegt, wirbt dafür mit folgenden Sätzen: »Mexico City – eine einzigartige Stadt, die auf 2300 m über dem Meeresspiegel auf historischem Boden ruht. Wo sich noch vor einigen Jahrhunderten Pyramiden, Tempel und indianische Paläste reihten, sind jetzt die spanischen Kolonialbauten des 15. Jahrhunderts zu bestaunen. Sollte man dennoch die Tausende von Jahren alten Bauten besichtigen wollen, ist ein Ausflug in die nähere Umgebung zu empfehlen. Wie zum Beispiel zur größten Sonnenpyramide in San Sebastian Xolalpa. Mexico City – eine Stadt mit vielen Fassaden, lädt Sie zu einer unvergesslichen Entdeckungsreise ein.«

Natürlich erfahre ich daraus nichts über die soziale Lage und über die politische Situation einer Stadt, die zu den größten dieser Erde zählt. Es könnte das romantisch-exotische Bild stören, das die Tourismusindustrie für hohe Umsätze braucht.

Aufstrebende Ökonomie

Mexiko mit seinen 114 Millionen Einwohnern und einem Brutto-Inlandsprodukt von 891 Mrd Euro ist eine der großen aufstrebenden Ökonomien dieser Erde, aber es ist kein Mitglied der wirtschaftlich noch stärkeren BRIC-Gruppe (Bra-

LINKE SEITE
Neulich in Mexico City ...
DIESE SEITE
Miguel Hidalgo, neben Pancho Villa einer der bekanntesten Freiheitskämpfer Mexikos.
FOTO: PETER FLEISSNER

silien, Russland, Indien und China). Die Staatengruppe, zu denen die Experten Mexiko zählen, hat den nicht sehr schmeichelhaften Namen MIST (für Mexiko, Indonesien, Südkorea und Türkei). Ein Vergleich mit Österreich zeigt aber auch, dass in Mexiko das Brutto-Inlandsprodukt pro Einwohner nur ein Fünftel des Wertes für Österreich beträgt: 7.835 Euro für Mexiko, 36.145 Euro für Österreich. Mexikos Wirtschaft wächst mit vier Prozent pro Jahr rund vier Mal schneller als Österreich. Beim Niveau der Staatsverschuldung können wir von Mexiko lernen. Mit 40 Prozent am BIP ist sie in Anteilen am BIP etwas mehr als halb so groß wie in Österreich, wo wir nach den Ausgaben für die Rettung der Banken bei 70 Prozent stehen.

Dennoch ist in Mexiko die Armut groß. Während in Österreich rund eine Million Menschen armutsgefährdet oder arm sind, also ein Achtel der Bevölkerung, liegt in Mexiko die Quote bei der Hälfte. Den Besuchern des Zocalo, dem Hauptplatz der Stadt, springen diese Missstände sofort ins Auge. Gleichzeitig ist der Zocalo Schauplatz permanenter Proteste.

Mexiko ist ein erdölproduzierender Staat, damit ist die Abhängigkeit vom Ölpreis vorprogrammiert. In den 1980er Jahren erlebte das Land durch den Verfall der Rohölpreise eine tiefe wirtschaftliche Krise, die sich in hoher Auslandsverschuldung und dreistelligen Inflationsraten äußerte. Heute ist abzusehen, dass die Erdölreserven langsam zur Neige gehen. Bei konstantem Verbrauch reichen sie noch 15 bis 20 Jahre. Die staatliche Planung setzt auf Kernenergie. Wie mir ein Student berichtete, soll eine neue Kernenergiezentrale für Mexico City die gesamte jetzt durch die Verbrennung von Erdöl und Erdölderivaten gewonnene Energie ersetzen. Dies scheint angesichts der Problematik der einzigen existierenden Kernenergiezentrale in Veracruz, die von Unfällen, Leukämieerkrankungen und unklarer Endlagerung geplagt ist, ein riskantes Unterfangen.

Benzin kostet derzeit nur rund halb soviel wie in Österreich. Wie ich dem Fernsehen entnehmen konnte, ist die Luftverschmutzung im Tal von Mexiko so stark, dass am Muttertag für bestimmte Gruppen von Fahrzeugen ein Fahrverbot ausgesprochen wurde. Der Smog erzeugt eine Nebelkappe über der Stadt, die Sonne ist dann nur eingetrübt zu sehen.

Überdies wurde auch der in der Nähe der Stadt gelegene (derzeit) 5462 Meter hohe Vulkan Popocatépetl aktiv, der Asche und glühende Gesteinsbrocken in die Luft schleudert. Im Fernsehen wird seine Aschenwolke mit einer Live-Kamera verfolgt. Im Internet kann man die neuesten Bilder unter http://www.cenapred.gob.mx/cgi-bin/popo/album/ult16.cgi abrufen.

Unterricht am Politécnico

Meine Gastgeber stellten mir in der Residenz des Polytechnischen Nationalen Instituts ein geräumiges Apartment mit zwei großen Betten zur Verfügung. Als ich aber meine Liebste, die am Ende meiner zweiwöchigen Lehrverpflichtung aus Österreich zu einem gemeinsamen Urlaub in Yucatan eingeflogen war, dort unterbringen ⇆

Denkmal für Jose Marti, die zentrale Persönlichkeit des Unabhängigkeitskampfes Kubas gegen Spanien.
FOTO: PETER FLEISSNER

wollte, hieß es, das sei gegen die Regeln. Merkwürdigerweise dürfe man zwar mit Männern ein Zimmer teilen (gedacht ist an einen Assistenten), aber nicht mit Personen des anderen Geschlechts.

Die Geschichte des IPN ist nicht uninteressant. Es wurde 1936 unter Präsident Lázaro Cárdenas del Río als Berufs-Fachhochschule für technische Berufe gegründet und sollte vor allem jungen Menschen vom Land die Möglichkeit bieten, akademische Studien oder Studien mit einer Matura zu absolvieren. Sie sollten an der damals beginnenden Industrialisierung des Landes mitwirken. Mein Gastgeber, Sohn eines armen Transportarbeiters aus der Stadt Guanajuato in Zentralmexiko, hat sich durch Stipendien bis zum Professor hinaufarbeiten können und ist dem IPN dafür sehr dankbar. In Guanajuato wurde übrigens unter spanischer Herrschaft die Hälfte des gesamten Silbers der Welt aus dem Boden geholt. Diese Stadt ist eine der legendären Silberzentren des mittleren Nordens, die einen Teil des spanischen Reichtums in der frühen Neuzeit begründeten, welchen man in Gestalt von Prachtbauten auch noch jetzt sehen kann.

Im Lauf der Zeit baute das IPN sein Fächerangebot aus, 1946 wurden die Abschlüsse des IPN formell einem Universitätsabschluss gleichgestellt. Derzeit zählt das IPN mehr als 160.000 Studenten und 17.000 Lehrkräfte. Das Verhältnis von weniger als zehn Studierenden pro Lehrkraft kann man als vorbildlich ansehen. 2002 entwickelte das IPN in Zusammenarbeit mit anderen Universitäten den ersten rein mexikanischen Satelliten SATEX I.

Interessant ist außerdem, dass das IPN schon seit 1959 über einen eigenen Fernsehkanal XE-IPN-TV-Canal 11 verfügt. »Canal Once« informiert über kulturelle Themen.

Bis heute hat sich das IPN in seiner Besonderheit erhalten können. Der Campus, in dem ich arbeitete – einer von vielen im Lande –, hat riesige Ausmaße. Er enthält neben den Institutsgebäuden und kulturellen Einrichtungen ganze Straßenzüge und Parkplätze und ist von einem hohen Eisengitter umzäunt. Es geht ziemlich rigid zu: Der Campus wird von Polizei und einem Wachdienst Tag und Nacht bewacht. Die Professoren müssen bei den jeweiligen Portierlogen das Kommen und Gehen mit Uhrzeit eintragen. In den Klassen werden Anwesenheitslisten geführt. Am Wochenende und an Feiertagen bleibt der Campus geschlossen, damit fallen auch die Möglichkeiten weg, einen O-Bus zu benützen, der auf dem Gelände regelmäßig seine Runden zieht, oder in einem der vielen Café-Restaurants auf dem Campusgelände zu essen. Das IPN wirkt auf mich wie eine sozialistische Insel mit einer umfangreichen und sehr erfinderischen Bürokratie – wie ich selbst bei der Abrechnung des mir versprochenen Honorars am eigenen Leib erfahren konnte. Die Bürokratie scheint nach dem Leninwort organisiert zu sein: »Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser«. Auch die engstirnige Prüderie bei den Wohnvorschriften passt dazu.

Die Bedingungen der Lehrtätigkeit waren für mich etwas ungewohnt. Der Beginn der Lehrveranstaltung war entgegen der mir mitgeteilten Ankündigung auf acht

Uhr früh vorverlegt worden. Die Vorlesung umfasst sechs Stunden pro Tag. Sechs Stunden vorzutragen oder die Studierenden zu begleiten ist ziemlich anstrengend, noch dazu in einer Fremdsprache. Gegen Ende des Tages hatte ich dann schon Sprachprobleme und wechselte von Spanisch (korrekt: von Spanglisch) nach Englisch. Aber die Studierenden zeigten sich sehr amable (freundlich). Einer von ihnen brachte mir täglich eine Kleinigkeit zum Essen und Trinken (eine Dose Cola, einen Snack, einen Apfel). Ich hatte das vielleicht ein wenig gefördert, da ich mit einer großen Bonbonniere aus Wien meine Vorlesung eröffnete. Schokolade ist die Leidenschaft der Mexikaner.

Überraschend war für mich, dass nicht nur die Studenten höheren Semesters, sondern auch Absolventen der Uni und die Professorenkollegen des IPN an meiner Lehrveranstaltung über mathematische Modellbildung und Simulation aktiv teilnahmen und mit klugen Kommentaren meine Vorlesung bereicherten. Die Professoren, die ich kennenlernte, zählen sich politisch durchwegs zur Linken, sind in Bürgerbewegungen aktiv oder besitzen politische Ämter in linken Parteien oder Gewerkschaften. Einzelne errichten in ihrem Haus eine ökologisch nachhaltige und autonome Wasserversorgung.

Leider konnte ich aus Zeitgründen keine der politischen Veranstaltungen der Studierenden besuchen, von denen ziemlich viele an den Wänden der Gebäude angekündigt waren, obwohl die Polizei allgegenwärtig ist.

Hochkulturen, Kolonisatoren, Revolution

Die Vergangenheit des heutigen Territoriums des Staates Mexiko ist seit Jahrtausenden äußerst bewegt. Die ersten großen Zivilisationen der Menschheit bildeten sich auf seinem Boden. Die Olmeken hatten schon 1000 v. u. Z. Ackerbau betrieben, große Städte als Mittelpunkte theokratischer Macht gebaut, eine Schrift und einen Kalender entwickelt. Sie beeinflussten alle weiteren Hochkulturen in Mexiko, die Mayas, die Zapoteken und Tolteken. Die Erklärungen für ihren Untergang sind vielfältig, sie reichen vom Bürgerkrieg über die Erschöpfung des Bodens, klimatischen Veränderungen (Dürre oder Überschwemmungen) bis zu kriegerischen Eroberungen durch andere Völker. Die jüngeren Zivilisationen bauten eher auf die weltliche Macht des Handels und des Militärs als auf die früheren göttlichen Grundlagen.

Das kleine Volk der México, das Mexico seinen Namen gab, errichtete um 1350 aus Gründen der Sicherheit vor Überfällen und der Möglichkeit des Fischfangs auf einer Insel in einem See ihre neue Hauptstadt Tenochtitlán (von ihr gibt es nur noch einen kleinen Rest, die Kanäle von Xochimilco, auf denen man sich heute mit kleinen Booten, die auch Musik und Essen herbeibringen, vergnügen kann). Später stieg dieses Volk zur mächtigsten Zivilisation der Region auf und dehnte sich (dann unter dem Namen Azteken) auf beinahe das ganze heutige Staatsgebiet aus, bis 1519 die Spanier ankamen. Diese waren zunächst als Götter in Menschengestalt freundlich in Tenochtitlán aufgenommen worden, brachten aber die Stadt 1521 mit unglaublicher Grausamkeit in ihren Besitz. Das war der Beginn einer 300 Jahre währenden Kolonialherrschaft der Spanier und Portugiesen, die eine eigenartige Balance zwischen dem Einfluss der katholischen Kirche und der weltlichen Macht des Vizekönigs darstellte. Die indígenos wurden nicht gefragt. Wie wir wissen, unterlag die christliche Nächstenliebe auch schon damals dem Gewinnstreben spanischer Ausbeuter, die das Mutterland mit Gold und Silber, Farbstoffen und Gewürzen versorgten. Schließlich wurde Spanien 1808 von den Franzosen erobert, die auch in Amerika für eine begrenzte Zeit deren Nachfolge antreten sollten.

Der Kampf um die Unabhängigkeit

Die politischen Bewegungen im Mexiko des 19. Jahrhunderts führten einen Zweifrontenkrieg. Einerseits ging es um die Verbesse- ⇆

Marktfrau in Mexico City.
FOTO: PETER FLEISSNER

rung der sozialen Lage, die zum Verzweifeln war, und katholische Priester als Sprecher und Anführer des Volkes auf den Plan brachte, andererseits um die nationale Unabhängigkeit.

1810 rief Miguel Hidalgo, der Pfarrer des kleinen Ortes Dolores, mit den Worten »Es lebe Ferdinand der VII. und Tod den Spaniern« zum Aufstand. Seine Revolutionsarmee wurde geschlagen und er selbst 1811 exkommuniziert und geköpft. 1815 ereilte den aufständischen Geistlichen José Maria Morelos, der zusätzlich ein klares Programm zur Loslösung vom Mutterland vorlegte, das gleiche tragische Schicksal. Er wurde verraten und hingerichtet – ein Muster, das ab nun das Ende vieler Revolutionäre und Reformer in diesem Teil der Welt kennzeichnen sollte.

Da sich die koloniale Oberschicht vom Mutterland unter dem liberalen Herrscher Ferdinand VII. verraten fühlte, wandte auch sie sich gegen Spanien und trat für die Unabhängigkeit ein, allerdings ohne die sozialen Forderungen der verelendeten Menschen zu erfüllen. An die Spitze stellte sich der konservative Offizier Augustin de Iturbide, der in die Hauptstadt einmarschierte. Nachdem der spanische Vizekönig geflohen war, ging die Kolonialherrschaft 1821 unblutig zu Ende. Iturbide ließ sich als Augustin I. zum Kaiser Mexikos ausrufen, musste aber bald unter dem Druck seiner Offiziere abdanken. Nach jahrzehntelangen Streitigkeiten zwischen den föderalistischen Liberalen und den zentralistischen Konservativen, in der sich Autokraten an die Macht kämpften, war langsam die Zeit für eine demokratische Verfassung herangereift, die 1857 verabschiedet wurde. Mit der Intervention Frankreichs, das Spanien besiegt hatte, fand dieser Prozess jedoch ein vorübergehendes Ende. Mit dem glücklosen Habsburger Maximilian von Österreich als Gallionsfigur errichteten die Franzosen das zweite Kaiserreich. Aber der Widerstand der Bevölkerung war erstarkt. Der 1858 zum Präsidenten gewählte Benito Juárez vertrieb 1866 die Franzosen aus dem ganzen Land. Nach dem Sieg über sie überwachte er 1867 persönlich die standrechtliche Exekution »unseres« Kaisers Maximilian I. in Querétaro und übernahm die Regierungsgeschäfte in Mexiko-Stadt.

Sein Nachfolger ab 1877, Porfirio Díaz, brachte Mexiko einerseits einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung, indem er das Land für ausländische Investitionen öffnete, andererseits war der Reichtum äußerst ungleich verteilt. Die überwiegende Mehrheit der mexikanischen Bevölkerung profitierte nicht vom gewaltigen wirtschaftlichen Wachstum. 1910 beispielsweise verfügte rund ein Prozent der Bevölkerung über den Besitz und die Kontrolle von 96 Prozent des Grund und Bodens. Porfirio hatte seine Herrschaft durch ein Netzwerk von Privilegien an seine Günstlinge gefestigt, dadurch aber auch die Unzufriedenheit der nicht von ihm begünstigten Teile der Mittelschichten und der Oberschicht hervorgerufen. Bei der scheindemokratischen Wiederwahl des greisen Diktators Porfirio Díaz im Jahr 1910 konnte der Großgrundbesitzersohn Francisco I. Madero eine breite Koalition oppositioneller Kräfte unter dem Motto »No reelección« (Keine Wiederwahl des Diktators) aufbauen. Seine Wahlteilnahme wurde mit seiner Verhaftung beantwortet. Nach seiner Flucht im Oktober 1910 aus dem Gefängnis plante er aus den USA einen allgemeinen Aufstand, der – vorab aufgedeckt – verfrüht begann. Obwohl Porfirio Díaz abdanken musste, blieb Madero dennoch erfolglos. Recht schnell wandten sich seine vorherigen Verbündeten von ihm ab, unter ihnen der südmexikanische Bauernführer Emiliano Zapata, und wenig später Pancho Villa, die noch heute als Helden verehrt und Gegenstand von Wildwestfilmen sind. Am 9. Februar 1913 brach in der Hauptstadt ein Militäraufstand gegen Madero aus. Rebellen und Regierungstruppen bekämpften sich mitten im Zentrum (»Decena trágica«). Madero vertraute der Armeeführung unter Victoriano Huerta, einem Díaz-General, die Lösung des Konflikts

an. Huerta aber putschte am 18. Februar selbst und erklärte sich zum Präsidenten. Madero wurde trotz der Zusicherung freien Geleits von Huerta hingerichtet. Allerdings war auch Huertas Macht nur von kurzer Dauer. Er musste 1914 abdanken und floh ins Exil in die USA.

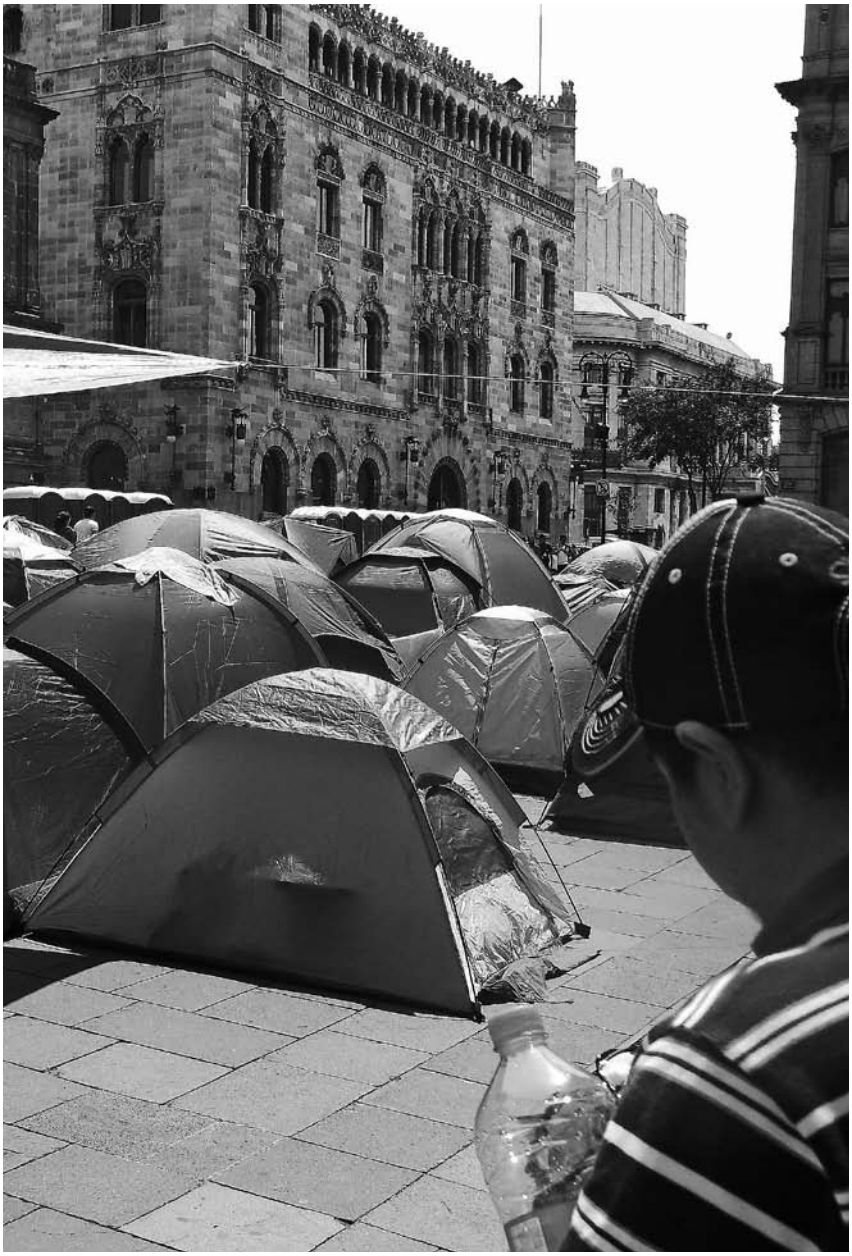
Die Revolution weicht dem Neoliberalismus

Über den weiteren Verlauf der Revolution kann hier nicht detailliert berichtet werden. Es ist nur anzudeuten, dass die Widersprüche zwischen den Gegnern Huertas offen ausbrachen, die durch Gegensätze zwischen den urban-bürgerlich geprägten Gruppen und den mehr bäuerlich-lokal gebundenen Schichten gespeist wurden. Während der Revolution verloren fast zwei Millionen Mexikaner ihr Leben und eine noch viel größere Zahl ihr Eigentum und ihre Existenzgrundlage. Tausende Verzweifelter flüchteten auf der Suche nach Arbeit und besseren Lebensbedingungen in die sich schnell industrialisierende Hauptstadt.

Zwischen 1920 und 1940 verdoppelte sich die Einwohnerzahl der Stadt auf 1,8 Millionen, in der Infrastruktur klafften riesige Löcher und die sozialen Probleme verschärften sich.

Die mexikanische Revolution ist zwar mit dem Slogan »Tierra y Liberdad« (Boden und Freiheit) angetreten und hat eine umfassende Bodenreform angestrebt, die allerdings nicht vollendet wurde und in den letzten Jahren indirekt unterlaufen wird. Mit der Zeit hat sich auch in Mexiko der Neoliberalismus durchgesetzt, der mit einer US-amerikanischen Lebensweise verbunden ist. Zwar liebt man die Gringos (Nordamerikaner) nicht, aber man ahmt sie nach.

Am 2. Oktober 1968 zeigte sich das Regime unter Präsident Gustavo Díaz Ordaz von der de facto diktatorischen Einheitspartei PRI (Partido Revolucionario Institucional), die nach mehr als zwölf Jahren im Vorjahr wieder die Wahlen gewonnen hatte, von seiner grausamsten Seite. Truppen und Panzer gingen auf der Plaza de las Tres Culturas gegen fast 250.000 demonstrierende Studenten vor. Es war der Höhepunkt monatelanger Studentenproteste gegen die schlechten sozialen Verhältnisse, miserablen Unterrichtsbedingungen und demokratischen Defizite im Land. Da zehn Tage später die Olympischen Sommerspiele in Mexiko-Stadt eröffnet ⇆



Das Ende des Marsches – Lehrerprotest in Guerrero.
FOTO: PETER FLEISSNER

werden sollten, wurde der Aufruhr mit brutaler Gewalt unterdrückt. Die Zahl der Todesopfer belief sich nach offiziellen Verlautbarungen auf 30, nach Aussagen der Studenten auf über 500. Das Ereignis ging als »Massaker von Tlatelolco« in die Geschichte ein. Bis zum Vorjahr haben sich die Studierenden von diesem Schock nicht erholt und blieben ruhig. Aber bei der letzten Wahl im Mai 2012 konnte ich große Demonstrationen der Studierenden sehen, über die sogar im Fernsehen berichtet wurde.

Der Ausgang der Wahl brachte zwar die seit 2000 den Präsidenten stellende Partei PAN (Partido Acción Nacional) zu Fall, und die Macht übernahm wieder die PRI mit Präsident Nieto an der Spitze. Im Fernsehen sieht man immer wieder Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung, mit Stipendien für die Studierenden, mit Programmen gegen die Obdachlosigkeit, vor allem der indigenen Bevölkerung. Wieweit diese guten Ideen tatsächlich die soziale Lage in Mexiko verbessern werden, sei dahingestellt.

Neue Widerstände

In manchen Bundesstaaten ist die Situation alles andere als ruhig. Im südlichen Guerrero etwa und in anderen Staaten haben Bürgermilizen die Unfähigkeit der Bundespolizei, die Drogenmafia und die zunehmende Gewalt zu bekämpfen, zum Anlass genommen, eine eigene Bürgerwehr aufzubauen, die tatsächlich eine wesentliche Verbesserung der Lage erreicht hat. Die lokale Verwaltung unterstützt teilweise die Bürgermiliz mit Waffen, andererseits besteht das Problem, dass sich die Milizen gegen die Verwaltung wenden könnten. Gleichzeit hat die Lehrergewerkschaft in Guerrero zu einem Streik aufgerufen, den zweitausend Lehrer befolgt haben. 60.000 Personen haben an einem Megamarsch in Chilpancingo teilgenommen. Der Gewerkschaftsflügel CETEG, dem rund sechstausend Lehrer angehören, konnte dabei auf die Unterstützung von Studierenden, indigenen Bauerngemeinden und auf die autonomen Bürgermilizen zählen. Sollten sich diese Strömungen verbünden, wäre eine neue Qualität des Widerstands erreicht – so sagte es mir Heinz Dieterich, der Autor des Buches »Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts«. Wir werden sehen, ob er recht behält. ◊

Betrifft: Tatort »Unvergessen«, gesehen am Pfingstmontag, 20. Mai, im ORF2

Tatort Georgien

EISNER: »PLANÄNDERUNG, wir fahren nach Bad Eisenkappel.« Taxler: »Is des im Dreiazwanzigsten?« Eisner: »Na in Südkärnten.« Taxler: »Des wird aber teuer.«

Mutig, wie der ORF brisante Themen im Hauptabendprogramm behandelt: zweisprachige Szenen mit deutschen Untertiteln aus Kärnten, der Dorfkaiser ein Mini-Scheucher, sein Vater ein mutmaßlicher SS-Mann, der nie für seine Taten vor Gericht stand ...

In einem Steinbruch in Südkärnten wird Moritz Eisner mit einem Kopfschuss aufgefunden. An den Überfall kann er sich genauso wenig erinnern wie an den Grund seiner Reise. Eine »retrograde Amnesie« wird attestiert. Schwer mitgenommen fährt Eisner nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus nach Kärnten zurück, um herauszufinden, was geschehen ist. Dort wird er eher unfreundlich von einer Dorfgemeinschaft empfangen, die vom Wirt und Bauunternehmer Wiegele beherrscht wird. Bald stellt sich heraus, dass Eisners Kärnten-Tripp mit einer ehemaligen Geliebten zu tun hatte. Zu ihr war Eisner in eine Berghütte gefahren, die er jetzt mit Nazischmierereien »verziert« wiederfindet. Die Journalistin hatte für eine Dokumentation über das Nazi-Massaker am »Peršmanhof« recherchiert, und einen noch lebenden Täter meinte sie identifizieren zu können: den demenzkranken Vater Wiegeles. Die Frau wird seitdem vermisst und nun von Eisner im Steinbruch des Bauunternehmers ermordet aufgefunden.

Als der Ehemann der Ermordeten, ein Geschäftsmann aus Georgien, auftaucht und Eisner mit nach Wien nimmt, klärt sich überraschenderweise alles: Der Pharma-Unternehmer hatte bei Tests für ein neues Medikament gegen Alzheimer den Tod von 36 Testpersonen in Georgien in Kauf genommen. Weil seine Frau davon erfahren hatte, sollte sie ebenso sterben wie Eisner. Showdown im Steinbruch. Eisner: »I mog nimmer«.

Sascha Bigler – ein Spross der Hörbiger-Dynastie –, der für Drehbuch und Regie verantwortlich zeichnet, unterstreicht Eisners Zustand mit psychedelischen Bildeffekten und Splitscreen-Technik. »In den besten Szenen erinnert der Wiener ›Tatort‹ an Hitchcock« (www.welt.de). Und tatsächlich: der ganze Nazi-Spuk ein MacGuffin, eine falsche Spur, da können die in letzter Zeit etwas um ihren Ruf besorgten Kärntner wieder aufatmen. Und die FPKÖ bekommt ihren fiesen Ausländer als Schurken. Wenn das keine »österreichische« Lösung wie aus dem Dreh-Musterbuch ist. Eine Art des Verkehrsverhaltens nach dem in Österreich beliebten Muster: links blinken, rechts abbiegen.

Aber wie sagt hoffnungsfroh der Produzent Klaus Graf: »Hier in Kärnten gäbe es einige Themen, die tatortmäßig aufzuarbeiten wären« (Kleine Zeitung 15. 9. 2012). Für den nächsten Kärnten-Tatort bieten sich als Story die Vorgänge um das »Schloss« in Reifnitz am Wörthersee an, das wegen des Versprechens, daraus ein Kongresszentrum zu machen, um einen Spottpreis von der Gemeinde verkauft wurde. Das Zentrum, findet Oberstleutnant Eisner heraus, wurde natürlich nie errichtet. Erst fällt der Verdacht auf einen älteren Milliardär namens Strohsack, der gerade auf der österreichischen Polit-Bühne reüssieren will, ständig »die Werte« beschwört und Gewerkschaften für entbehrlich hält. Doch dann (der ORF will ja keine Werbeausfälle riskieren) – findet Eisner – der nunmehr eine multiple Persönlichkeitsstörung entwickelt – heraus, der wahre Täter ist natürlich Ausländer, ein Kanadier, »Stronäck« genannt, der sein riesiges Vermögen steuerschonend in der Schweiz angelegt hat und nur wenige Tage im Jahr den Liegestuhl vor dem »Schloss« aufbaut. Nach dem letzten nervenzerfetzenden Showdown auf einem Tretboot in innovativer 3D-Multiperspektiventechnik muss Eisner erkennen, dass auch in diesem Fall das Drehbuch einige logische Schwächen aufweist – »ORF wie wir«.

MICHAEL STOCKER

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Landeswahlbehörde freihalten!

Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Landeswahlvorschlag für die Wahl des Nationalrats am **29. September 2013** lautend auf:

[Bezeichnung der wahlwerbenden Partei]	[Landeswahlkreis]
Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	

Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!

Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen

Wohnort

Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)

Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift

Eigenhändige Unterschrift

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige am Stichtag (**9. Juli 2013**) in der Wählerevidenz eingetragen und wahlberechtigt ist.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!

Gemeinde

Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	Ggf. Sprengel Nr.

Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung

☐ wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	☐ war gerichtlich beglaubigt.	☐ war notariell beglaubigt.

Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindesiegel	Unterschrift

Ausschneiden oder kopieren, mit Ausweis aufs Gemeindeamt gehen, dort unterschreiben und im Kuvert an die Volksstimme-Redaktion schicken – Danke!

Der rote September 2013

Nach der Wende nach rechts
kommt die Wende nach links.

Nach der Wende nach links
kommt das Leben
wieder in Gang.

ELFRIEDE JELINEK
MICHAEL SCHARANG
PETER TURRINI

Es steht jeder und jedem frei,
diesen Text zu unterschreiben,
zu verbreiten oder umzusetzen.

KPÖ und Volksstimme sind auch dieser Meinung.

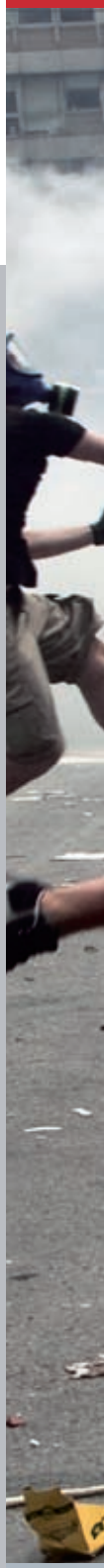
Volksstimme : Politik und Kultur : Zwischenrufe links : Verlagspostamt : 1090 Wien : Plus.Zeitung 04Z035746
Preis : 5 Euro : erscheint monatlich (außer Jänner und August)

Das Volksstimme-Abo für 10 Nummern kostet regulär 50 €, ermäßigt 25 €. Es bleibt den AbonnentInnen selbst überlassen, sich für das ihren finanziellen Möglichkeiten entsprechende Abo zu entscheiden.

VOLKSSTIMME ABOVERWALTUNG: 1140 Wien, Drechslergasse 42, Telefon 0676 6969009, Fax 01 5036580 499, abo@volksstimme at **VOLKSSTIMME ABO-KONTO:** BAWAG, BLZ 14000, Konto-Nr. 01810665374, lautend auf »Verein für Gesellschaftskritik«, IBAN: AT45 1400 0018 1066 5374, BIC: BAWAATWW

VERANSTALTER:
Organisationsgruppe für den 34. Kömmel-Gedenkwandertag, Slowenischer Kulturverein »Edinost«, Zveza koroških partizanov/Verband der Kärntner Partisanen
KONTAKT:
maria.koletnik@gmx.at,
+43 650 4343500

Am Waldrand oberhalb des Cimperc-Hofes am Kömmel-Plateau (mit unglaublich schönem Ausblick auf das Jauntal) steht ein Granitblock zum Gedenken an zwölf getötete Partisanen-Kuriere.Sie waren am 12. Oktober 1944 ums Leben gekommen.

An diesem Tag hatten Gendarmen und die regionale Landwache den Apovnik-Hof umstellt, wo sich Ciril Šorli-Domen mit seiner Einheit aufhielt. Die Angreifer überraschten die ruhenden Kuriere, von denen nur zwei entkommen konnten. Alle anderen wurden gefoltert, massakriert und in die brennenden Gebäude geworfen.

Das 1972 vom Kärntner Partisanenverband errichtetete Denkmal wurde im Oktober 1976 von unbekannten Tätern gesprengt, worauf im Mai 1978 ein neues Denkmal aufgestellt wurde. Die Inschrift ist in beiden Landessprachen verfasst. Seit August 1980 veranstalten der Verband der Kärntner Partisanen und der einheimische slowenische Kulturverein Edinost jährliche Gedenkwanderungen mit hunderten Menschen von dies- und jenseits der Grenze.